

FDP
Die Liberalen



SOLOTHURNER FREISINN

Solothurn	2/3/4	Page Romande	8	Abstimmungsvorlagen	11/12/13	Rückblick DV April	20/21
Jungfreisinnige	6	Kantonale Wahlen	10	Vize-Präsidenten/Beisitzer	16/17	Unter Freisinnigen	22

23. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Inhalt

Regulierungsbremse

Die Jungfreisinnigen Kanton Solothurn wollen eine Volksinitiative lancieren, die verlangt, dass für jede neue Vorschrift eine bestehende gestrichen wird.

Seite 2

Freisinnige Forderungen

Die Solothurner Freisinnigen haben zwölf Forderungen aufgestellt, mit denen sie in den Wahlkampf 2017 ziehen werden.

Seite 3

Kolumne

Unser Kolumnist fordert einen differenzierteren Umgang mit dem Populismus.

Seite 4

Herzliche Gratulation, Petra Gössi!

Die frischgewählte Präsidentin der FDP.Die Liberalen, Petra Gössi, stellt sich Ihnen vor und zeigt auf, mit welchen Rezepten sie den Erfolg der FDP weitertragen und die Schweiz an der Weltspitze halten will.

Seite 14

Vielen Dank, Philipp Müller!

Mit einem riesigen Engagement führte Philipp Müller die FDP nach langer Durststrecke wieder zurück auf den Erfolgspfad. Wir danken von ganzem Herzen für den grossen Einsatz!

Seite 15

Delegiertenversammlung in Rodersdorf

Milchkuh beim Solothurner Freisinn umstritten

Sollen die gesamten Erträge aus der Mineralölsteuer auf Treibstoffen dem Strassenverkehr zugute kommen? Diese Abstimmungsfrage, die am 5. Juni zu beantworten ist, führte bei den freisinnigen Solothurner Delegierten zu einer kontroversen Diskussion. Vorneweg: Mit 48 zu 39 Stimmen wurde eine knappe Nein-Parole zur sogenannten Milchkuh-Initiative gefasst, womit die FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn der Haltung der nationalen Mutterpartei folgen. Dem Entscheid ging eine lebhaftere Diskussion voraus, die von Andreas Burgener, Direktor AutoSchweiz (Pro) und Nationalrat Kurt Fluri (Kontra) in Schwung gebracht wurde. Eine Reihe von Unternehmern, die die ungenügende Strasseninfrastruktur und die übermässigen Stautunden geisselten, meldeten sich zu Wort. Auf der anderen Seite machte man sich Sorgen über die Vernachlässigung des Agglomerationsverkehrs. «Auto, Bahn, Bus, Velo, Fussgänger – das ist ein Gesamtpaket! Wir nutzen alle Verkehrsträger», prangerte Kurt Fluri eine einseitige Bevorzugung des Strassenverkehrs an und zog damit eine Mehrheit auf seine Seite.

SVP-Nationalrat Christian Imark hatte seinen ersten Auftritt vor den



Geteilte Meinungen bei den 91 freisinnigen Delegierten.

kantonalen Delegierten. Vergeblich kämpfte er für ein Nein zur angestrebten Revision des Asylgesetzes. Seine Argumente, weswegen beschleunigte Asylverfahren die Schweiz für Flüchtlinge attraktiver machen sollten, verfielen nicht. Mit 77 zu 5 Stimmen resultierte eine klare Ja-Parole.

Schliesslich gehörte die Bühne den Jungfreisinnigen: Sie planen, eine vielversprechende kantonale Volksinitiative mit dem Titel «Regulierungsbremse» einzureichen (siehe Seite 2). Und FDP-Präsident Christian Scheuermeyer konnte erfreut vermelden,

dass an der nächsten Versammlung vom 24. August in Däniken die Delegierten eine «echte Auswahl» für die Regierungsratswahlen zur Verfügung haben werden.

Die FDP-Familie fühlte sich herzlich willkommen in Rodersdorf. Einige Delegierte nutzten den Abstecher in die für viele recht unbekanntes Gegend und besuchten vorgängig die Burg Rotberg in Metzerlen, die schönste Jugendherberge der Schweiz, und lernten dabei viel über die Geschichte des solothurnischen Leimentals kennen.

Dornecker FDP-Freunde

Besuch in der Justizvollzugsanstalt Solothurn

Georg Hofmeier,
alt Kantonsratspräsident, Nuglar

Dornecker Freunde der FDP, eine Gruppe mit Rentnern, besuchen alle zwei Monate einen besonderen Ort, den man eher weniger aufsucht oder sich die Möglichkeit dazu nicht ergibt. Der erste Besuch in diesem Jahr fand in der neuen Justizvollzugsanstalt des Kantons Solothurn statt. Sie gilt als moderne, geschlossene, multifunktionale Anstalt auf einer Fläche von 5,4 Hektaren. Bereits bei der Anfahrt stellte man fest, dass die Anlage durch einen Doppelzaun gesichert ist. An diesem Besuch beteiligten sich aus dem Schwarzbubenland 48 Personen, die mit einem Bus in den Schachen nach Deitingen reisten. Für die Mehrheit der Beteiligten standen Fragen zu Aufbau und Organisation im Zentrum. Zudem interessierte, was man in einer Justizvollzugsanstalt mit gegen 100 Straftätern werde ansehen können.

In einem Einführungsreferat orientierte Direktor Pablo J. Loosli über den

generellen Auftrag und den Betrieb, der während 365 Tagen und 24 Stunden pro Tag aufrechterhalten wird. Der Kanton Solothurn arbeitet im Verbund mit zehn anderen Kantonen im Strafvollzugskonkordat Nordwest- und Innerschweiz. Für die Justizvollzugsanstalt Solothurn (JVA) gilt der Auftrag: sicherer, geschlossener Vollzug von Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen an rückfall- und fluchtgefährdeten Straftätern zum Schutz der Öffentlichkeit sowie die Vorbereitung der Insassen auf ein deliktfreies Leben nach der Entlassung. Die JVA verfügt über rund hundert Arbeitsplätze in verschiedenen Produktionsbetrieben mit Arbeitsgruppen in Gärtnerei, im Gemüsebau, in der mechanischen Werkstatt, in der Schlosserei, in der Schreinerei, im Montageatelier sowie in der Elektrowerkstatt. Unter www.schacheshop.so.ch lässt sich das gesamte Dienstleistungsangebot ansehen. Dieses Angebot bringt eine Vielzahl an Ideen für Geschenke sowie den persönlichen Bedarf.

Mit vielen neuen Eindrücken verliess die Gruppe nach einem Aufenthalt von gut zwei Stunden die JVA und traf sich anschliessend im Hotel Al Ponte in Wangen a. A. zu einem «Zobig». Zur grossen Freude aller Teilnehmer begleitete uns Direktor Loosli ebenfalls zum «Zobig» und stand für die Beantwortung von weiteren Fragen zur Verfügung. Die Diskussionen an den einzelnen Tischen waren sehr unterschiedlich. Der Standard in der JVA wurde von einzelnen Besuchern als hoch und unnötig beurteilt, und doch wurde immer wieder der Auftrag der JVA erwähnt, der die Insassen auf ein deliktfreies Leben nach der Entlassung vorzubereiten hat. Erwähnt wurde auch, dass viele der Insassen ein geregeltes soziales Leben bisher nicht kannten. Eine Besucherin meinte spontan: «Ich weiss ehrlich nicht, wo ich anfangen soll. Der Besuch der Justizvollzugsanstalt im Schachen war in der Tat sehr eindrucksvoll und hat für mich eine ganz neue Welt geöffnet. Wie oft liest man

in der Zeitung über Verbrecher, die im Knast landen und bei der Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten. Einmal hinter die Kulissen einer Justizvollzugsanstalt zu schauen, war für mich sehr lehrreich und bewegend. Man denkt nicht einmal über die Leute nach, die dort arbeiten, um die Insassen nach ihrem Entlassen in ein gesundes soziales Umfeld zu integrieren. Respekt!»

Meine persönliche Schlussfolgerung: Alle, die sich jetzt wieder so schön aufregen, sollen sich mal überlegen, dass die Insassen auch wieder einmal aus der JVA herauskommen. Wenn diese Insassen im Gefängnis jahrelang in einem «Loch» dahingevegetiert hätten, dann wären sie nachher noch gefährlicher und asozialer als vor der Strafe. Darum macht es Sinn, wenn sie in einer JVA anständig und menschenwürdig behandelt werden. Es war ein Ausflug in eine für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer andere Welt und in ein Thema, das man bisher eher über negative Argumente kannte.

Jungfreisinnige Kanton Solothurn

Lancierung der Volksinitiative «Regulierungsbremse»

Gregor Bachmann,
Vize-Präsident JFSO
und Leiter der Arbeitsgruppe
«Regulierungsbremse»
Tobias Bolliger, Präsident JFSO

Die Jungfreisinnigen sind erfolgreich: An den Nationalratswahlen konnte der Wähleranteil gegenüber 2011 um mehr als ein Viertel gesteigert werden. Unsere Mitgliederzahl wächst, unsere Regionalparteien sind gut aufgestellt. Momentan engagieren wir uns im Referendum gegen das BÜPF und weibeln für die Milchkuh-Initiative. Wir wollen aber auch mit eigenen Ideen im Kanton Solothurn liberale Impulse setzen. Zu diesem Zweck haben wir an der Generalversammlung vom 9. April 2016 beschlossen, eine Initiative zur



Gregor Bachmann und Tobias Bolliger

Beschränkung der Überregulierung im Kanton Solothurn – eine Regulierungsbremse – zu lancieren.

Der Kanton Solothurn weist im schweizweiten Vergleich eine hohe Regulierungsdichte auf. Dies hat neben der drückenden Steuerlast zur

Folge, dass die unternehmerische Freiheit beschränkt und in der Folge die Attraktivität unseres Kantons für Unternehmen – insbesondere Start-ups – geschwächt wird. Die Regulierung hat zudem eine weitgehende Bevormundung der Bürger zur Folge, die eigenverantwortliches Handeln behindert. Aus liberaler Sicht ist deshalb eine Beschränkung der Regulierung unumgänglich.

Unsere kantonale Initiative «Regulierungsbremse» folgt dem Prinzip «one in, one out»: Für jede neue Vorschrift muss eine bereits bestehende Vorschrift ausser Kraft gesetzt werden. Von der Regulierungsbremse er-

fasst werden Gesetze und Verordnungen in Bereichen, die nicht direkt vom Bundesrecht vorgegeben werden. Sie schafft einen Plafond für Regulierungen und verhindert das weitere «Auswuchern» der Staatstätigkeit.

Die Volksinitiative trifft einen Nerv. In Zeiten des hohen Frankenkurses, einer stagnierenden Wettbewerbsfähigkeit und zunehmender Bevormundung braucht es mehr Freiräume für Unternehmen und Bürger. Kein Wunder, wird von Seiten der Politik zunehmend der Ruf nach einer Beschränkung der Regulierung laut. Unsere Initiative, die wir an der FDP-Delegiertenversammlung vom 9. Mai in Rodersdorf vorgestellt haben und im Zeitraum Mai/Juni lancieren werden, ist die Antwort darauf.

Schwerpunkte Wahlkampf 2017

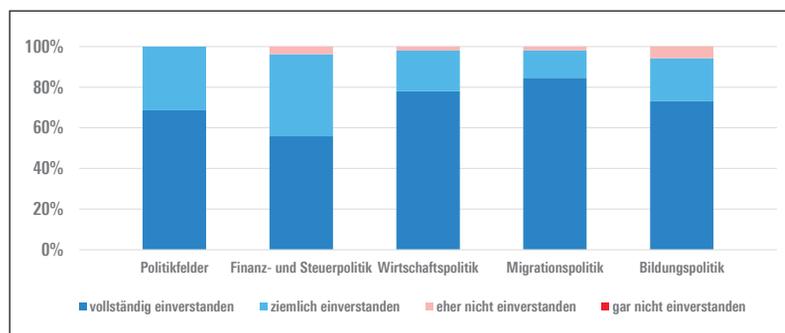
Zwölf Forderungen in vier Politikfeldern

Unter der effizienten Moderation von alt Kantonsrat Ruedi Nützi trafen sich im März gut 30 Mitglieder von Parteivorstand und Kantonsratsfraktion in Oensingen zu einem Workshop. Ziel war es, die vier wichtigsten Politikfelder für den freisinnigen Wahlkampf 2017 zu bestimmen und daraus je drei kurze, prägnante Forderungen abzuleiten.

Die vier Themenbereiche Finanzen und Steuern, Wirtschaft, Migration sowie Bildung waren schnell gefunden und stiessen auf breite Zustimmung. In Gruppenarbeiten wurden jeweils drei Forderungen erarbeitet und anschliessend im Plenum diskutiert (siehe Box). Am Schluss des Abends ha-

ben alle Anwesenden den Forderungen zugestimmt und sich bereit erklärt, diese im Wahlkampf zu vertreten. Um die Akzeptanz bei der Basis in Erfahrung zu bringen, wurde eine Umfrage bei den Ortsparteipräsidentinnen und -präsidenten gestartet. Rund 50 weitere Personen haben sich daran beteiligt. Das Ergebnis ist eindeutig (siehe Grafik): Mit den vier Politikfeldern können sich sämtliche Befragten identifizieren. Mit den Forderungen vollständig oder ziemlich einverstanden sind in der Wirtschaftspolitik 98 Prozent, in der Migrationspolitik und in der Finanz- und Steuerpolitik sind es jeweils 96 Prozent, in der Bildungspolitik 94 Prozent.

Akzeptanz der Wahlkampfforderungen



Forderungen im Wahlkampf 2017

Finanz- und Steuerpolitik	Wirtschaftspolitik	Migrationspolitik	Bildungspolitik
Wir wollen einen ausgeglichenen Staatshaushalt und keine weiteren Schulden.	Wir wollen, dass der Verkehr fliesst und nicht behindert wird.	Wir wollen, dass von Migrantinnen und Migranten Deutschkenntnisse verlangt werden.	Wir fordern, dass alle Kinder beim Eintritt in den Kindergarten Deutsch können.
Wir fordern ein einfacheres Steuersystem.	Wir wollen weniger Einschränkungen und mehr Handlungsspielraum für Firmen.	Wir wollen, dass Migrantinnen und Migranten in den Gemeinden sinnvoll für Gemeindearbeiten eingesetzt werden.	Wir wollen praxistaugliche, d. h. arbeitsmarkttaugliche Abschlüsse auf allen Stufen.
Wir wollen ein wirtschaftsnahes Lohnsystem für Angestellte des Kantons.	Wir wollen, dass der Kanton Solothurn eine bevorzugte Adresse für Firmen und für natürliche Personen wird.	Wir fordern, dass nicht kooperationsbereiten Migrantinnen und Migranten die Leistungen gekürzt werden.	Wir wollen Bildungsinstitutionen auf allen Stufen, die national und international qualitativ top sind.

Betriebsbesichtigung der Glutz AG, Solothurn

Club FDP 2000 hinter Schloss und Riegel

Die jährliche Betriebsbesichtigung des Sponsorenclubs der FDP führte dieses Jahr in die Glutz AG in Solothurn. Das über 150-jährige erfolgreiche Traditionsunternehmen hiess den Club FDP 2000 herzlich willkommen. Die Glutz AG gehört in der Stadt zu einem der grösseren KMU, international gesehen zu den Kleinbetrieben, obwohl ein stattlicher Anteil von 35 Prozent ins Auslandsgeschäft geht. Der Schweizer Marktanteil an Edeldahlbeschlägen und Türschlossern beträgt über 60 Prozent. Die Swissness hat in der Glutz AG einen sehr hohen Stellenwert, wie uns der Geschäftsführer Pe-



ter Riedweg überzeugt mitteilte. Obwohl währungsbedingt im letzten Jahr Einbussen hingenommen werden mussten, sieht die Firma davon ab, im Ausland zu produzieren. Unter der fachkundigen Führung zweier mit der Firma bestens vertrauten Leiter wurde eine Betriebsbesichtigung präsentiert, wie sie nicht überall geboten wird. Rund 300 Mitarbeiter beschäftigt Glutz weltweit. Ein beachtlicher Teil der in Solothurn Beschäftigten war am späteren Nachmittag noch am Arbeiten, zum Teil im 2- oder 3-Schicht-Be-

Fortsetzung auf Seite 4

Kolumne

Eine zu heikle Sache

Urs Marti, Langendorf



Was als rechts, autoritär und populistisch eingestuft wird, tendiere auch zu «fascistisch», sagt ein kluger Kopf. Ein Schelm (oder eine Schelmin), wer jetzt denkt, das sei doch auch typisch ... Aber bitte schön, sind Linke nicht auch Populisten, oder ist es ausschliesslich das Privileg der «Rechten», dieses Prädikat für sich beanspruchen zu dürfen? Per definitionem ist ein Populist jemand, der das Leben des einfachen Volkes für das Volk verständlich darstellt. Populismus ist die Politik, die durch übertriebene Darstellung der politischen Lage die Volksmassen zu beeinflussen versucht. Das übrigens mit Erfolg, wie (leider) Beispiele im In- und Ausland noch und noch belegen.

Mattea Meyer, seit dem letzten Herbst frischgewählte Zürcher SP-Nationalrätin, ist keine Populistin. Sie erklärt in der «Arena», wer Geld für die Erneuerung teurer Armee-Fahrzeuge habe, habe auch Geld für noch mehr Flüchtlinge. Meyer missachtet den Grundsatz, das Leben des einfachen Volkes für das Volk verständlich darzustellen, denn der unaufhaltsame Zustrom von Flüchtlingen weckt beim einfachen Volk eher den Gedanken, jetzt müsse die Armee her, um dem Einhalt zu gebieten. Also ist es grundlegend falsch, das Flüchtlingsproblem gegen die Armee auszuspielen. In Deutschland reitet die «Alternative für Deutschland» (die AfD) auch wegen des Flüchtlingsproblems von Wahlerfolg zu Wahlerfolg, und auch in anderen Ländern Europas und in der Schweiz haben Populisten Aufwind. Derweil findet in Brüssel ein Treffen der EU-Minister nach dem andern statt. Die Zusammenkünfte enden jedoch höchstens mit dem Ausdruck der grossen Besorgnis über die prekäre Situation. Das ist Futter, das ist der Nährboden für Populisten. Im Übrigen schiebt ein EU-Land dem

anderen EU-Land den Flüchtlingszustrom zu, bis dieser schliesslich beim Despoten am Bosphorus landet, der dann mit seinen eigenen Methoden auch für dieses Problem Herr der Lage zu werden versucht.

In der ganzen Flüchtlingspolitik hat die EU katastrophal versagt, vor allem auch, weil einer der Hauptverursacher der ganzen Misere, al-Assad, nicht endlich politisch entsorgt wird. Aber lieber bastelt man (wie übrigens auch Bundesrätin Simonetta Sommaruga) weiterhin an einem Verteilungsschlüssel, der spätestens morgen schon wieder Makulatur sein wird. Ob denn das soeben Geschriebene nicht auch populistisch ist?

Mit dem Populismus, mit den Populisten ist ein differenzierter Umgang angezeigt. Nicht alles, was einem an Kritik nicht passt, darf gleich als populistisch diskreditiert werden. Populismus ist an sich kein Schimpfwort, und es ist nicht besonders klug, Populisten gleich in die Ecke zu stellen. Im Populismus klingt die Stimme des Volkes mit, und auf die sollte man achten, wenn man verhindern will, dass es nicht noch mehr Populisten gibt.

Es ist dagegen weniger populistisch, sondern eher dumm, was Walter Wobmann macht. Er konstruiert ein Burka-Problem, als würden hier schon alle Frauen unter den Schleier gezwungen. Er verlangt, dass auf allen Pausenplätzen nur noch Deutsch gesprochen werden darf. Er brüstet sich damit, der Minarettverbotsinitiative zum Erfolg verholfen zu haben. Aber was hat er damit bewirkt? In Therwil verweigern zwei Schüler der Lehrerin den Handschlag, und das haben sie offensichtlich in der Faysal-Moschee in Basel gelernt. Zu deren Netzwerk gehören auch die Grande Mosquée in Genf und das Imamzentrum in Volketswil. Dort steht überall kein Muezzin auf dem Minarett, der verkündet: «Allah ist gross», aber im Innern wird Fundamentalismus gepredigt. Islamischer Fundamentalismus ist eine zu heikle Sache, als dass man sie Walter Wobmann überlassen dürfte.

Wechsel in den Ortsparteien

Egerkingen: Benny Löffel (neu) für Hansjörg Schürmann

Hägendorf: Patrick Rossi (neu) für Marc Thommen

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

Veranstaltungen

Mai 2016

Mi 18. 19.00 Uhr Parteivorstand (Rössli Oensingen)

Juni 2016

Di 7. 19.00 Uhr Sicherheitsverbund Schweiz, Standbericht aus dem Kanton Solothurn: Anlass der FDP-Ortsparteien Region Olten-West (MZH Rickenbach)

Mi 29. 19.30 Uhr Club FDP 2000: Parlamentariergespräch (Eintracht Kestenholz)

August 2016

Mi 24. 19.30 Uhr Kantonale Delegiertenversammlung/Nomination Regierungsratswahlen (Däniken)

Fr 26. 15.00 Uhr Jahreszusammenkunft Vereinigung freisinnig-jungliberaler alt Kantonsrätinnen und alt Kantonsräte (Bezirk Gösigen)

Mo 29. 19.00 Uhr Parteivorstand (Von Arx Egerkingen)

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:
www.fdp-so.ch/events

Fortsetzung von Seite 3

trieb. Der Einblick wurde uns in alle vier Geschäftsbereiche – Schlösser und Beschläge, Zutrittssysteme, Industrial Components und Manufaktur – gewährt. Die Beschläge werden einerseits mit viel Fingerspitzengefühl noch von Hand gefertigt, und andererseits schaffen Roboter Produktionen in grosser Stückzahl. Die Rohrbiegeanlage und die Laserschweissanlage hinterliessen einen imponierenden Eindruck. Im Hochregallager findet man keine fertigen Produkte. Es handelt sich um ein Rohteillager. Die gefertigten Teile kommen direkt in den Verkauf. Das kabellose Zutrittssystem «Plug, Play und Enter» gehört der neuen Generation an. Mit wenigen Mausklicks kann Zutritt zu verschiedenen Räumen gewährt werden, der konventionelle Schlüssel ist am Verschwinden. Dieses Zutrittssystem wurde uns

nur wenige Schritte neben den eindrücklichen Räumen gezeigt, in denen Hunderte von alten Beschlägen zu besichtigen sind. Diese Räume muteten museumshaft an, und die Gästeschar kam nicht aus dem Staunen heraus, wie viele kunstvoll gestaltete Beschläge die Firma Glutz gefertigt hatte und sie wunderbar präsentiert. Ebenso kunstvoll werden noch heute in der betriebseigenen Giesserei verschiedenste Gegenstände wie Glocken, Türgriffe und Objekte auf Wunsch aus Messing oder Bronze gegossen.

Nach der Firmenpräsentation in der Arena konnte der Apéro in der Glutz Erlebniswelt genossen werden, und die unzähligen Fragen der Clubmitglieder wurden kompetent und freundlich beantwortet. Die Glutz AG hinterlässt einen bleibenden, äusserst positiven Eindruck.

Gelebter Gemeinsinn

Migration einmal anders: Von Syrien nach Bottmingen BL und in die FDP

FDP.Die Liberalen International vertritt nicht nur die Schweizerinnen und Schweizer, die im Ausland leben. Auch hat sie zahlreiche in der Schweiz lebende FDPler als Mitglieder. Einer von ihnen ist Samer Ursillo. Seine Geschichte ist ein schönes Beispiel für Integration und dafür, wie die FDP den Gemeinsinn lebt.

Samer Ursillo,
FDP Bottmingen, und
François Baur,
Präsident FDP.Die Liberalen
International

Mein Name ist Samer Ursillo. Ich wurde am 15. Januar 1981 in Latakia, einer syrischen Hafenstadt am Mittelmeer, geboren. Bis zu meiner Studienzeit lebte ich in Syrien. Als Beamter wurde mein Vater mehrmals versetzt, und so lernte ich während meiner Kindheit und Jugend die verschiedenen Orte und Bürger Syriens kennen und konnte mir ein Bild über die kulturelle Vielfalt, aber auch die Komplexität der gesellschaftlichen, ethnischen und religiösen Beziehungen in meinem Heimatland machen.

Nachdem ich den Bachelor in angewandter Chemie 2004 erfolgreich abgeschlossen hatte und als Recherche-Assistent bei der syrischen Atomenergiekommission arbeitete, erhielt ich 2006 die Möglichkeit, mein Studium an der Universität Basel fortzusetzen. 2010 konnte ich mein Studium als Master im Bereich Radiopharmazeutische Chemie abschliessen.

Obwohl das Studium mehrheitlich in Englisch war, lernte ich dennoch innerhalb eines Jahres Deutsch, um mich besser in meinem Umfeld in Basel integrieren zu können. Das verdanke ich nicht zuletzt meiner zukünftigen Frau. Sie hatte mir ursprünglich als Trainingspartnerin für das Praktizieren von Deutsch geholfen. Dann ist uns Amor dazwischen gekommen, und nun sind wir schon seit acht Jahren glücklich verheiratet



Samer Ursillo

und haben zwei Jungen im Alter von sieben und fünf Jahren und eine anderthalbjährige Tochter.

Ab 2010 arbeitete ich in meinem Forschungsbereich an der Universität Zürich weiter und schloss 2014 mein Studium mit dem Dokortitel in Chemie ab. Mein ursprünglicher Plan war gewesen, nach Syrien zurück zu kehren und dort weiter im wissenschaftlichen Bereich zu arbeiten. Allerdings hat der Bürgerkrieg diese Pläne durchkreuzt. Heute arbeite ich bei einem mittelständischen Unternehmen in Zofingen als Senior Process Assistant in der Produktion.

2013 wurde ich Schweizer Staatsbürger. Ich wollte mich immer auch für die Gesellschaft einsetzen, in der ich lebe. Der Schlüssel zur Integration

in der Schweizer Gesellschaft ist mein Engagement in der freiwilligen Feuerwehr von Bottmingen und in der Betriebsfeuerwehr meines Arbeitgebers. Hier habe ich meine Mitbürger in einem anderen Kontext kennen gelernt und neue Freunde gefunden.

Nicht alles ist Frieden, Freude, Eierkuchen. Auch ich musste in der Schweiz schon Anfeindungen wegen meiner Herkunft erleben. Die letzte Gemeinde im Baselbiet habe ich deshalb verlassen. Umso mehr bin ich stolz auf meine Heimatgemeinde Bottmingen. Hier habe ich Akzeptanz erfahren. Ich wollte mich auch politisch engagieren. Für die FDP begeistern konnte mich meine Nachbarin Melanie Krapp-Boeglin, die sich aktiv bei der FDP Bottmingen engagiert und im Februar 2016 in

den Gemeinderat gewählt wurde. Sie und der Präsident der FDP Bottmin-

gen, Beat Flury, haben mir das Gefühl gegeben, willkommen zu sein. Am 28. Februar wurde ich gar für die FDP in die Gemeindekommission von Bottmingen gewählt, welche die Geschäfte der Gemeindeversammlung vorberät und Anträge stellt.

Mir ist dieses Engagement ein besonderes Anliegen: So kann ich etwas an die Gemeinde und an ihre Bürger zurückgeben, die mich so gut aufgenommen und mir gezeigt haben, was Gemeinsinn bedeutet. Das ist auch der Grund, weshalb ich mich bei der FDP International engagiere. Ich bin in Syrien aufgewachsen und kenne die politischen und historischen Hintergründe hinter den heutigen Problemen aus eigener Erfahrung. Die Flüchtlingsfrage wird uns noch über Jahre beschäftigen. Ich möchte meine Kenntnisse einbringen und einen kleinen Beitrag leisten, dass die FDP eine Flüchtlingspolitik in Kenntnis der Tatsachen verfolgt. Ich freue mich auf das weitere Engagement für unsere Partei – aus Liebe zur Schweiz.



Feuerwehr Bottmingen mit Samer Ursillo (blauer Kreis).

Motiviert, Herausforderungen anzupacken

Die DNA der Jungfreisinnigen

Nicht selten tritt man als Jungfreisinniger gegen Klischees an. Abgehoben und elitär seien die Jungfreisinnigen. Würden die Urheber solcher Sprüche an einem Kongress von uns teilnehmen, wären viele Vorurteile umgehend widerlegt. Diese Vorurteile haben mich motiviert, die DNA des Jungfreisinns unter die Lupe zu nehmen.

Andri Silberschmidt, Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Wir Jungfreisinnigen sind überdurchschnittlich interessiert an der gesellschaftlichen Entwicklung. Dafür setzen wir einen Teil unserer Freizeit ein. Ein grosser Teil von uns befindet sich in der Berufslehre, studiert oder startet gerade sein eigenes Unternehmen. Ich persönlich bin unheimlich stolz, sagen zu können, dass wir enorm vielseitige Talente in unseren Reihen haben. Dank des Einsatzes eines jeden Einzelnen von ihnen, sind wir die wohl bestaufgestellte Jungpartei des Landes. Dieses Potenzial wollen wir in Zukunft vollständig ausschöpfen!

Ein grosses Engagement und viel Wissen – ist das schon alles, was uns auszeichnet? Um unsere Identität zu erforschen, muss man die DNA unserer Mitglieder kennen. Wir teilen viele Gemeinsamkeiten wie beispielsweise:

- › Offenheit gegenüber der Zukunft
- › Liberales Gedankengut und Neugier
- › Unternehmergeist und Zielstrebigkeit

Eigenverantwortliches Handeln

Diese Eigenschaften prägen nicht nur uns als Personen, sondern in der Konsequenz auch die Jungfreisinnige Partei der Schweiz. Die Jungfreisinnigen sind die Kraft, welche den aktuellen Zeitgeist kritisch hinterfragt. Der ständige Ruf nach mehr Staat, mehr Bevormundung und mehr Zentralismus hat die Politik der 2000er-Jahre bisher massgeblich geprägt. Können Sie sich an die letzte grosse Liberalisierungsrunde erinnern? Leider ist dies nicht einfach.

In der Aussenpolitik hat der Volksentscheid zur Masseneinwanderungsinitiative die Personenfreizügigkeit in der heutigen Form in Frage gestellt.



Andri Silberschmidt

Die Energiepolitik geht in grossen Schritten in Richtung Verstaatlichung. In der Gesellschaftspolitik hinken wir liberalen Vorbildern hinterher. Das Kaputtregulieren der Finanzbranche sowie die allgemeine Verschärfung von Verordnungen und Gesetzen (Beispiel: Arbeitszeiterfassung) zeigen ihre ersten negativen Wirkungen. Der so genannte Generationenvertrag in der Altersvorsorge avanciert zu einer Farce. Der Bevormundungsstaat verhindert mit seiner Vollkasko mentalität Innovation und gesundes Wachstum.

Es ist aber nicht unser Stil zu klagen, ohne Alternativen vorzuschlagen. Als liberale Partei, ob in Wirtschafts- oder Gesellschaftsfragen, arbeiten wir konstruktiv an der zukünftigen Schweiz mit:

› Wir fordern einen freien Personen- und Warenverkehr, um weiterhin international in der «Champions League» mitspielen zu können.

› Wir wollen eine marktorientierte Energiepolitik, die nicht aus Subventionen und bevormundenden Vorschriften besteht.

› Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der nicht das Geschlecht oder die sexuelle Ausrichtung bestimmt, wen man heiraten darf.

› Wir wollen eine Wirtschaft, die in Freiheit innovativ und erfolgreich bleiben kann.

› Wir wollen eine Altersvorsorge, die eigenverantwortliches Sparen belohnt und nicht die junge Generation bestraft.

Wir alle haben die Möglichkeit, diese Bestrebungen im positiven Sinne zu beeinflussen. Nur, wie gehen wir das am besten an?

› Wir gehen nach draussen, verbreiten unsere Begeisterung und Überzeugung beim Feierabendbier, während unzähligen Strassenaktionen oder bei der Arbeit und Ausbildung.

› Wir fördern und motivieren uns gegenseitig als aktive Mitglieder, welche in ihrer Region ein hohes Potenzial aufweisen und als zukünftige Aushängeschilder wahrgenommen werden können.

› Wir verstärken den Bereich Online und Kampagnen mit Nachdruck, um die Marke «Jungfreisinnige» zu stärken und ihr mehr Präsenz zu verleihen.

› Wir legen Wert auf die parteiinterne Vernetzung, um gute Ideen auszutauschen und neue Köpfe kennen zu lernen.

Seien wir stolz auf das, was wir bisher geleistet haben, und freuen wir uns, zusammen die Schweiz zu verändern. Der neu gewählte Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz ist hocheifrig, zusammen mit allen Sektionen und Mitgliedern die Herausforderungen anzupacken. Vor uns liegt viel Arbeit.

Für die Jungfreisinnigen, eine starke freisinnige Familie und eine liberale Schweiz!

Generalversammlung März 2016

Auf Augenhöhe politisieren, arbeiten, leben

Die Leitidee der Die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz: «Auf Augenhöhe politisieren, arbeiten und leben» wird auch in den eigenen Strukturen konsequent gelebt. An der Generalversammlung vom 12. März 2016 in Basel wurde dementsprechend eine Statutenänderung betreffend Einzelmitgliedschaft beschlossen. Neu können auch Männer den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz als Einzelmitglied beitreten. Dies ist eine logische Folge unserer Forderung: «Gemischte Teams arbeiten erfolgreicher.» Die bisherige Passivmitgliedschaft wurde mit der Statutenrevision gelöscht.



Unter den ersten Einzelmitgliedern durften wir verschiedene FDP-Nationalräte begrüßen (von links): Hugues Hiltbold, Fathi Derder und Philippe Nantermod.

Irene Thalmann, Vize-Präsidentin, und Claudine Esseiva, Generalsekretärin
FDP.Die Liberalen Frauen

Die FDP Frauen engagieren sich für eine fortschrittliche Politik für moderne Menschen. Unsere Ziele sind eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein modernes Familienrecht, eine flexible Arbeitswelt sowie gemischte Teams auf allen Stufen. Dazu gehört auch gleicher Lohn für gleiche Leistung.

Wir freuen uns, dass kurz nach der Statutenänderung FDP-Männer der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz beigetreten sind. Unter den ersten Einzelmitgliedern durften wir verschiedene FDP-Nationalräte wie Hugues Hiltbold (GE), Fathi Derder (VD) und Philippe Nantermod (VS) begrüßen.

Wir freuen uns, dass bereits weitere Beitritte von Männern als Einzelmitglieder erfolgt sind und heissen diese herzlich willkommen.

Die bisherigen Passivmitglieder haben selbstverständlich nun ebenfalls die Möglichkeit, als Einzelmitglied den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz beizutreten. Der jährliche Mitgliederbeitrag beträgt 70 Franken.

Lohngleichheit

Das Thema Lohngleichheit begleitet uns seit Jahren – leider waren unsere Bemühungen bis heute wenig erfolgreich. Als Liberale wollen wir keine unnötigen Eingriffe und nicht mehr Staat. Aber wir sind nicht länger bereit, die wissenschaftlich klar bestehende Lohndiskriminierung einfach hinzunehmen. Unser Hauptargument ist im Bericht des Bundesrates zu

finden. 50 Prozent der Unternehmen, die eine Lohnanalyse durchführten, haben anschliessend ihre Lohnstruktur angepasst. Dieses Bewusstsein, das genaue Hinsehen ist der Grundstein für einen liberalen und kompetitiven Arbeitsmarkt – wo sich Leistung lohnt und nicht das Geschlecht entscheidet.

Unser Vorschlag als Alternative zur Vorlage des Bundesrates schliesst die externen Lohnanalysen völlig aus, denn wir wollen nicht mehr Staat in den Unternehmen. Unser Vorschlag betont die Eigenverantwortung der Unternehmen und der Frauen. Er ist moderat, wirtschaftsnah und wird gemäss Umfrage der Centre Patronal auch von einer Mehrheit der Unternehmen gutgeheissen.

Die Freiheit der Frau

Abschluss unserer Generalversamm-

lung machte ein Podium unter der Leitung der Journalistin Michèle Binswanger zum Thema «Die Freiheit der Frau». Nationalrätin Doris Fiala, Nationalrat Philippe Nantermod und die Präsidentin des Forums für fortschrittlichen Islam, Frau Saïda Keller-Messahli, machten klar, dass wir als Gesellschaft vor einer grossen Aufgabe stehen.

Über 70 Prozent der Flüchtlinge sind junge Männer, diese jungen Männer müssen wir bestmöglich in unsere Gesellschaft integrieren. Dabei ist ganz wichtig – Frauenrechte sind Menschenrechte, und diese sind nicht verhandelbar. Ganz nach dem Motto «Hart, aber fair» müssen wir die Flüchtlingspolitik der FDP weiterführen, genau hinschauen und die Sorgen, auch der weiblichen Bevölkerung, ernst nehmen.

Votations du 5 juin 2016

FORTA et «Vache à lait»

Le PLR et la plupart des autres partis s'engagent contre l'initiative «Vache à lait» pour dénoncer une proposition constitutionnelle qui est à mes yeux sans compromis et excessive. Notre parti, par ses représentants aux Chambres fédérales puis plusieurs assemblées générales cantonales et celle du PLR Suisse, a clairement manifesté le rejet de cette initiative.

Olivier Français,
Conseiller aux Etats, VD

L'initiative «Vache à lait» doit être combattue pour trois raisons:

› Elle remet en cause la répartition des recettes du budget de la Confédération en supprimant 1,5 milliards de ses apports sans contrepartie.

› Elle remet en cause les montants alloués au rail et à la Nouvelle Ligne ferroviaire à travers les Alpes (NLFA) au profit exclusif de la route, alors que tous les mécanismes de financement ont fait l'objet de décisions populaires dont le dernier en date, le projet pour le financement et l'aménagement de l'infrastructure ferroviaire (FAIF), qui a été adopté par le peuple le 9 février 2014.

› Elle s'oppose à la solution du projet pour un Fonds pour les routes nationales et d'agglomération (FORTA) en remettant en cause l'article 86 de la Constitution fédérale qui est la structure fondamentale du financement des routes nationales et des agglomérations.

Le PLR aurait aimé que les échanges avec le Conseil fédéral aboutissent à un début de compromis car des solutions de financement durable pour nos infrastructures routières et ferroviaires ainsi que pour les projets des agglomérations soient indispensables. L'entretien et le développement sur toute la Suisse de nos infrastructures de transport au sens large nécessitent des moyens financiers considérables; ils sont nombreux et nécessaires. Le PLR soutient la volonté du Conseil fédéral de garantir un financement sur le long terme et a fortement appuyé le projet FAIF lors de la votation populaire du 9 février 2014. Dans cet état d'esprit nous avons soutenu le principe du projet FORTA qui garantit un sys-



Olivier Français

tème équivalent et durable pour le financement des routes nationales et des projets d'agglomérations. Le projet FORTA aurait pu être une contre-proposition à l'initiative «Vache à lait» et le PLR a tenté, lors des différentes

étapes de la procédure législative, d'entrer en dialogue avec les auteurs de l'initiative. Mais c'est trop tardivement que nous avons entrevu de la part de certains membres du comité d'initiative une volonté de dialogue. Aussi,

nous devons voter le 5 juin 2016, alors qu'à mon sens nous aurions pu nous passer de ce scrutin!

Mon message s'adresse aux indécis, à ceux qui doutent que demain les montants alloués à la route ne seront pas suffisants et que les projets qui, aujourd'hui, sont en manque de financement seront assurés de l'être demain. En effet, les amendements du PLR au projet FORTA qui ont été adoptés lors de la dernière session au Conseil des Etats ont globalement été bien reçus par les milieux routiers ainsi que par le Conseil fédéral. Il est à relever que celui-ci n'a pas combattu les propositions de la Commission des transports du Conseil (CTT) des Etats en plénum, donnant ainsi son accord sur les modifications débattues. Un compromis sur le projet FORTA est donc en bonne voie. Malheureusement, le PS a mis des bâtons dans les roues lors de la consultation du projet dans la commission des transports du Conseil national. Il a formé une alliance contre nature avec l'UDC et a ainsi refusé certains points du projet. Le FORTA doit maintenant effectuer un tour d'honneur, ce qui est inutile et offre un avantage aux soutiens de l'initiative «la vache à lait» On n'a perdu une étape mais nous restons dans la course.

L'initiative «Vache à lait» est à mon sens excessive et les initiants se sont malheureusement isolés en refusant le dialogue que le PLR a essayé d'instaurer afin de trouver une solution concordante. De notre côté, nous continuons de travailler de façon constructive, sans négliger une saine collaboration avec nos partenaires politiques et économiques, afin que notre pays reste un exemple de stabilité au sein duquel «la liberté de choisir» et «la liberté d'entreprendre» ne sont pas de vains mots!

Beschleunigungsanwälte

Schnellere, bessere und günstigere Asylverfahren

Indem es dringlichen Massnahmen im Asylbereich mit 78 Prozent zustimmte, machte das Schweizer Volk bereits 2013 unzweideutig klar, dass das geltende Asylgesetz veraltet ist. Eine breit abgestützte Mehrheit im Parlament leistete in den folgenden Jahren ganze Arbeit: National- und Ständerat stellten ein effizientes Asylgesetz auf die Beine, welches die Verfahrensdauer beträchtlich verkürzt, die Anzahl der Rekurse dank angemessener Rechtsvertretung senkt und beachtliche Kosteneinsparungen ermöglicht. Gegen diese Revision ergriff die SVP das Referendum, daher stimmen wir am 5. Juni über das Gesetz ab. Stimmen Sie der Asylgesetzrevision zu, und werfen auch Sie ein Ja in die Urne!

Doris Fiala, Nationalrätin ZH

Die Migrationsströme machen nicht vor der Schweiz halt: Wir müssen gut gerüstet sein, um diesen zu begegnen. Die Ergebnisse des Zürcher Testbetriebs, welcher zwischen 2014 und 2015 über 2000 Asylgesuche prüfte, sind vielversprechend: eine deutlich kürzere Verfahrensdauer, eine tiefere Anzahl Rekurse und ein grosses Sparpotenzial. Dies können wir also von dem neuen Asylgesetz erwarten. Erst recht nach der Veröffentlichung dieser Resultate ist es umso unverständlicher, wenn gerade die SVP, welche schnellere Asylverfahren fordert, dies mit einem Referendum verhindern möchte. Lassen Sie mich ausführen, wieso wir dem Populismus eine Absage erteilen und die Asylgesetzrevision dringend umsetzen müssen.

Deutlich beschleunigte Verfahren

Neu sollen Bundeszentren sämtliche am Asylprozess beteiligten Akteure unter einem Dach zusammenführen. Diese neue Struktur sorgt dafür, dass das gesammelte Wissen an einem Ort gebündelt ist und die Verfahren schlank werden. Der Zürcher Testbetrieb zeigte dies eindrücklich: Die Verfahrensdauer konnte durchschnittlich um 39 Prozent und maximal um bis zu 73 Prozent gesenkt werden. Dies ist im Interesse aller Beteiligten. Damit entlasten wir die chronisch überstrapazierte Infrastruktur und ersparen Asylsuchenden lange und mühsame Verfahren. Das ermöglicht einen



Doris Fiala

früheren, rascheren und konsequenteren Vollzug. Letztlich werden die Kantone dadurch deutlich entlastet, da diese für die Unterbringung der Mehrheit der Asylsuchenden nicht mehr verantwortlich sind.

Faire, effiziente Rechtsvertretung

Schnellere Verfahren sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie rechtsstaatlich korrekt durchgeführt werden. Ein Verfahren ist nämlich nur dann fair, wenn der in der Bundesverfassung festge-

schriebene Rechtsschutz gewährt ist. Unsere Bundesverfassung sieht vor, dass Mittellose Anspruch auf eine unentgeltliche Rechtsvertretung haben. Der Rechtsschutz trägt dazu bei, dass die Verfahrenszeit deutlich verkürzt wird: Indem Asylsuchende früh darüber aufgeklärt werden, dass ein Rekurs aussichtslos ist, finden sich diese eher mit dem Entscheid ab. Der Zürcher Testbetrieb hat dies bewiesen: Während heute die Rekursquote bei mehr als 25 Prozent liegt, betrug sie im Testzentrum lediglich 17,1 Prozent.

Grosses Sparpotenzial

Dank der Schaffung von Bundeszentren und den daraus resultierenden tieferen Abgeltungen an die Kantone sowie schnelleren Verfahren werden jährlich 110 Millionen Franken gespart. Trotz den Kosten, welche wegen der neuen Infrastruktur und dem zusätzlichen Personal anfallen, kostet uns das Asylwesen unter neuem Recht deutlich weniger. Wie man in Zürich festgestellt hat, haben Asylsuchende unter dem neuen Regime zudem deutlich weniger Nothilfe beansprucht.

Was im Testbetrieb in Erfahrung gebracht wurde, kann für uns Realität werden: Mit den neuen Verfahren wird eine deutliche Beschleunigung erzielt, bei hoher Qualität der gefällten Entscheide, niedrigerer Beschwerdequote und verbesserter Wirtschaftlichkeit. Mein Fazit: Die Revision ist keine Alternative, sondern eine Notwendigkeit. Stimmen also auch Sie am 5. Juni Ja zum neuen Asylgesetz!

Kantonale Wahlen

Der Aufwärtstrend geht weiter

Acht zusätzliche Sitze – das ist das Ergebnis der ersten kantonalen Wahlen in diesem Jahr. Damit zieht sich der positive Trend der nationalen Wahlen weiter und beweist, dass die liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt und unser Einsatz für eine liberale und reformorientierte Politik beim Wahlvolk ankommen und weiterhin getragen werden.

Carina Schaller,
operative Wahlkampfleiterin 2015
und Verantwortliche
Kantonalparteien

In den Kantonen Schwyz, St. Gallen, Thurgau und Uri standen Anfang Jahr Gesamterneuerungswahlen auf dem Programm. Basierend auf den guten Ergebnissen im Oktober des letzten Jahres, durften sich unsere Kantonalparteien Hoffnungen auf einen Erfolg beim kantonalen Urnengang machen. Nur im Kanton Schwyz musste man von Verlusten ausgehen, ausgelöst durch die Änderung des Wahlsystems, wodurch eine Bevorzugung der kleineren Parteien zu erwarten war.

Vier Sitze in St. Gallen gewonnen

Ein Zuwachs von 1,9 Prozent Wähleranteil bescherte der FDP vier zusätzliche Mandate im St. Galler Kantonsrat. Zusammen mit der CVP stellt die FDP damit nun die zweitgrösste Fraktion mit 26 Mitgliedern und liegt deutlich vor der SP. Ein aktiver und volksnaher Wahlkampf hat das erhoffte Resultat gebracht. Im Rennen um einen der sieben Regierungsratssitze verteidigte der bisherige Vorsteher des Departements des Inneren, Martin Klöti, seinen Sitz mit dem zweitbesten Resultat souverän. Der langjährige Parteipräsident Marc Mächler trat an, um den frei werdenden Sitz im Regierungsrat für die FDP zu verteidigen. Im ersten Wahlgang distanzierte Marc Mächler die übrigen Kandidaten zwar deutlich, verfehlte jedoch das absolute Mehr. Im zweiten Wahlgang traten gleich vier Kandidatinnen und Kandidaten für den Sitz an. Trotz dieser Ausgangslage gelang es Marc Mächler, sich deutlich gegenüber der Konkurrenz durchzusetzen und den Regierungssitz der FDP zu bewahren.



Carina Schaller

Gewinne in Parlament und Regierung in Uri

Die FDP Uri legte auf ganzer Linie zu: plus 2 Sitze im Parlament, plus 6,5 Prozent Wähleranteil und plus 1 Regierungsrat! Damit bleibt die FDP zweitstärkste Fraktion, konnte aber den Abstand zur führenden CVP verringern. Zudem konnte die FDP nicht nur den Regierungssitz von Josef Dittli verteidigen, der neu im Ständerat sitzt. Mit Urs Janett und Roger Nager zogen zwei neue Gesichter in die Regierung ein. Die Bisherige Barbara Bär wurde im 1. Wahlgang mit dem

zweitbesten Resultat bestätigt. Zudem gelang Roger Nagel bereits im ersten Wahlgang die Überraschung mit dem Einzug in die Regierung. Urs Janett musste zwar in den zweiten Wahlgang, dieser war für ihn jedoch kein Problem. Somit hat die FDP nun drei Sitze im Urner Regierungsrat.

Verluste wegen neuem Wahlsystem in Schwyz

Im Kanton Schwyz wurde der Kantonsrat zum ersten Mal mit einem neuen Wahlverfahren bestimmt. Der Wechsel zum «doppelten Pukelsheim»

führte zu einer Verschiebung der Sitze zu Gunsten der kleineren Parteien. Der Rückgang des Wähleranteils um 1,17 Prozent und der damit einhergehende Sitzverlust muss unter diesem Aspekt betrachtet werden. Im Vergleich mit den anderen grossen Parteien schnitt die FDP gut ab. Die beiden Regierungsräte Kaspar Michel und Petra Steimen-Rickenbacher verteidigten ihre Sitze ohne Probleme.

Erfolg auch im Thurgau

Für den letzten Erfolg in diesem Wahlfrühjahr war die FDP Thurgau besorgt. Zuerst wurde der Regierungssitz des abtretenden Kaspar Schläpfer durch den Kantonalparteipräsidenten Walter Schönholzer problemlos verteidigt. Und als wenige Wochen später der Kantonsrat gewählt wurde, konnte sich die FDP über einen um 1,4 Prozent höheren Wähleranteil freuen. Dieser Zuwachs führte zu zwei Sitzgewinnen. Die FDP stellt nun die zweitgrösste Fraktion im Kanton.

Auf dem Erreichten weiter aufbauen

Die Ergebnisse in den verschiedenen Kantonen sind eine tolle Belohnung für die intensive, umfangreiche und anstrengende Arbeit, welche in den Kantonen in den letzten Jahren und Monaten geleistet wurde. Es sind auch motivierende Zeichen, dass das Wahlvolk dem Engagement und den Köpfen der FDP vertraut und unsere Werte und Themen aufgenommen wurden. Im Herbst stehen bereits weitere Wahlen sowohl auf kantonaler, wie auch kommunaler Ebene an. Es gilt nun, sich vom Erfolg im Frühjahr anstecken zu lassen und weiterhin mit vollem Einsatz für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt zu kämpfen und zu mobilisieren.

Nein zu «Pro Service public»

Keine Gefährdung der wohlbewährten Schweizer Grundversorgung

Der Umfang und die Qualität der schweizerischen Grundversorgung sind im internationalen Vergleich einzigartig. Indem die Initiative «Pro Service public» ein Gewinnverbot für Bundesunternehmen und bundesnahe Unternehmen mit einem Grundversorgungsauftrag einführen will, gefährdet sie das wohlbewährte und funktionierende System. Die Initiative hat negative Folgen für die Wirtschaft und reisst ein Milliardenloch in die Kassen der öffentlichen Hand. Dagegen wehrt sich die FDP.

Kurt Fluri, Nationalrat SO

Die Schweiz belegt bezüglich Investitionen in die Bahninfrastruktur im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz. Sollen mit dem offensichtlich funktionierenden System fragwürdige Experimente durchgeführt werden? Wenn keine Gewinne mehr geschrieben werden können, ist zu befürchten, dass die Qualität und der Umfang der bestehenden Leistungen von SBB, Swisscom und Post abnehmen. Denn ohne Gewinne keine Investitionen. Und ohne Investitionen kann die bestehende Infrastruktur nicht mehr ausgebaut werden, es ist gar ein Leistungsabbau zu erwarten. Zusätzlich führt das Gewinnverbot dazu, dass der Anreiz für Effizienzsteigerung entfällt.

Historische Abstimmung im Rat

Kein einziger nationaler Parlamentarier spricht sich für die Volksinitiative aus. Das führte zum historischen Umstand, dass die Initiative sowohl im National- wie auch im Ständerat zu 0 abgelehnt wurde. Von links bis rechts erteilten alle Volksvertreter dem Begehren eine Absage.

Auch die Delegierten aller Parteien lehnen die Volksinitiative deutlich ab. Einzig die EDU liess sich zu einem knappen Ja hinreissen.

Ein Nein von links bis rechts: ein deutliches Zeichen, dass diese Initiative nicht überzeugt.

Unternehmerische Freiheiten sind nötig

Die betroffenen Unternehmen sind heute in der Lage, Dienstleistungen von hoher Qualität zu erbringen und sind bedeutende und attraktive Arbeitgeber. Der Bund gewährt ihnen unternehmerische Freiheiten, damit sie im Wettbewerb bestehen können und anderen Wettbewerbsteilnehmern möglichst gleichgestellt sind. Die Initiative würde die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit wie auch die Innovationskraft und Innovationstätigkeit der betroffenen Betriebe beschneiden. Dies hätte eine Schwächung des Service public zur Folge.

Gesamtwirtschaftliche Folgen

Die Initiative verschlechterte nicht nur die Grundversorgung, sondern hätte auch gesamtwirtschaftlich negative Folgen für die Schweiz. Eine umfangreiche und ausgebaute Infrastruktur ist wichtig: Ohne gut funktionierende Grundversorgung wird der Standort Schweiz im internationalen Wettbewerb massiv geschwächt.

Zudem investieren Service-public-Unternehmen kräftig in die Schweizer Wirtschaft: So bezieht etwa die Post jährlich Leistungen im Umfang von 3,3 Milliarden Franken von über 12000 Lieferanten. 85 Prozent davon stammen aus der Schweiz.

Steuerausfälle drohen

Die Initiative verbietet den bundesnahen Betrieben, Gewinne zu realisieren. Damit entgehen Gemeinden, Kantonen und dem Bund Steuergelder in Milliardenhöhe. Ausserdem haben die



Kurt Fluri

Service-public-Unternehmen nicht investieren. Dies muss die öffentliche Hand kompensieren. Die Folge: höhere Steuern für alle.



Änderung des Asylgesetzes

Ja zur Asylgesetzrevision

Die Reform des Asylgesetzes ist zu unterstützen, denn diese macht die Verfahren schneller und günstiger. Deren Wirksamkeit wurde bereits in einem Testbetrieb erprobt und unter Beweis gestellt. Mit der Polemik um «Gratisanwälte» und «Enteignungen» versuchen die Gegner die Asylgesetzrevision zu Fall zu bringen. Fakt ist: Bei den geplanten Bundesasylzentren und Ersatzzentren gibt es keinen einzigen Standort, an dem Enteignungen in Betracht gezogen werden müssen.

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin BL

Wir sind auf ein effizientes Asylgesetz angewiesen – dies gilt mehr denn je. Angesichts der Flüchtlingsströme brauchen wir die Revision mit Nachdruck, und das Referendum dagegen ist vollends unverständlich. Obwohl die SVP noch vor zwei Jahren die Asylgesetzrevision unterstützte, hat sie das Referendum dagegen ergriffen. Die Gegner sind nun auf der Suche nach Argumenten, die diesen Zickzack-Kurs rechtfertigen sollen. Der Kampf gegen «Gratisanwälte» entpuppte sich als Bu-

merang, denn gerade diese Anwälte, welche Asylsuchenden zur Verfügung gestellt werden, bringen die Beschleunigung, die die FDP schon lange wollte. Damit wird eines der wichtigen Ziele erreicht, und dies reduziert die Fallkosten – einfach, weil die Verfahren schnell und mit Pauschalabgeltungen abgeschlossen werden.

Nun klammert sich die SVP an die Thematik der möglichen «Enteignung» und versucht, daraus einen Skandal zu kreieren. Auch hier ist die Volkspartei auf dem Holzweg: Landenteignungen des Bundes gibt es schon lange für Armeeanlagen, Bahnen, Na-

tionalstrassen, Stromleitungen. Diese Form der Enteignungen wird immer dann fällig, wenn es keine Alternative gibt. Es ist also weder etwas Ausserordentliches, noch etwas Bedrohliches.

Die Hürden für eine Enteignung sind sehr hoch, und deren Umsetzung dauert Jahre, daher verzichtet der Bund in der Praxis wenn immer möglich auf diese «ultima ratio». Nun aber zur Sache: Bei den 16 geplanten Bundesasylzentren gibt es keinen einzigen Standort, an dem eine Enteignung in Betracht gezogen wird. Das gilt auch für die Reservestandorte! Die öffentliche Hand ist in allen Fällen bereits im

Besitz der Grundstücke oder steht kurz vor deren Erwerb. Es gibt keinen Grund, sich hier vor den Karren solch wilder Spekulationen zu spannen. In aller Deutlichkeit: Die Frage der Enteignung ist im Rahmen der Asylgesetzrevision genau so unkritisch wie schon jene der «Gratisanwälte».

Die Asylgesetzrevision wirkt: Die Ergebnisse aus dem Testbetrieb überzeugen und belegen Nutzen und Wirksamkeit. Gratisanwälte und Enteignungen sind Polemik, deren Ziel es ist, den Blick auf diese Tatsachen zu trüben. Ich bitte Sie daher, der Änderung des Asylgesetzes am 5. Juni zuzustimmen.

Fortpflanzungsmedizin-Gesetz

Ja zu einer fortschrittlichen Fortpflanzungsmedizin

Vor einem Jahr hat das Volk die Verfassungsgrundlage zur Präimplantationsdiagnostik (PID) mit annähernd Zweidrittel gutgeheissen. Dieser Volksentscheid bedarf nun einer Anpassung des Gesetzes zur Fortpflanzungsmedizin, damit die PID unter genau definierten Grenzen durchgeführt werden kann. Mit der Abstimmung vom 5. Juni werden die Details geregelt, wer und wie auf diese Technologie zurückgreifen kann. Für die FDP ist klar, dass nur mit diesem Gesetz eine optimale Behandlung sichergestellt ist.

Ignazio Cassis, Präsident
FDP-Liberale Fraktion

Das revidierte Fortpflanzungsmedizinengesetz erlaubt eine medizinisch sinnvolle Präimplantationsdiagnostik auf Wunsch der Eltern. Dies jedoch nur für Paare, die Träger einer schweren Erbkrankheit sind oder die auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen können. Die PID erlaubt eine genetische Untersuchung, die ohnehin allen Schwangeren als Vorgeburtsdiagnostik heute bereits zur Verfügung steht. Der Unterschied ist lediglich der

Zeitpunkt: am fünften Tag nach der Befruchtung im Labor anstatt in der 12. Schwangerschaftswoche. Für die betroffenen Paare ist es eine Erleichterung, denn für die Schwangeren führt eine Schwangerschaft auf Probe zu unnötigen seelischen Belastungen.

Verboten ist und bleibt hingegen die Fortpflanzungsmedizin für die Herbeiführung von bestimmten Eigenschaften (zum Beispiel Geschlecht oder Augenfarbe) oder um Forschung zu betreiben (Retter-Babys). Auch verboten bleiben Eizellenspende und Leihmutterchaft.

Keine generelle Selektion

Die Referendumsführer – darunter auch verschiedene Behindertenorganisationen – sind gegen das Gesetz, weil sie befürchten, dass man hier einen zu gefährlichen Weg beschreitet und die Tür für eine generelle Selektion öffnet.

Das will das neue Fortpflanzungsmedizin-Gesetz nicht. Menschen mit Behinderungen gehören auch nach einer allfälligen Annahme der Gesetzesänderung zu unserer Gesellschaft wie Menschen ohne Behinderung.

Im europäischen Vergleich wird sich die Schweiz mit einem JA an der Urne im Mittelfeld einreihen, was die Möglichkeiten in der Fortpflanzungsmedizin angeht. Derzeit stehen wir zusammen mit Litauen am Ende. Mit diesem Gesetz machen wir einen vorsichtigen Schritt in die richtige Richtung und erlauben den betroffenen Paaren eine gute Behandlung in der Schweiz, ohne ins Ausland reisen zu müssen. Deshalb unterstütze ich überzeugt das revidierte Fortpflanzungsmedizinengesetz und werde am 5. Juni ein JA in die Urne werfen.

Milchkuh-Initiative

Nein zur Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» (Milchkuh-Initiative)

Die Milchkuh-Initiative möchte den sich abzeichnenden Finanzierungseingpass der Strassenverkehrsabgaben abwenden. Zwar greift die Initiative damit ein begründetes Anliegen auf, liefert aber für die heutige Verkehrsproblematik das falsche Rezept. Eine Ablehnung der Milchkuh-Initiative ist umso wichtiger, da nur so der vom Parlament vorbereitete Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) als intelligentere Lösung zum Tragen kommt.

Matthias Samuel Jauslin,
Nationalrat AG

Im Gegensatz zur Milchkuh-Initiative spielt der NAF die Strasse nicht gegen den öV aus. Er sieht vielmehr eine ausgewogenere Verwendung von Mitteln aus der Strasse vor. Zudem ist der Netzbeschluss in die NAF-Vorlage integriert. Dadurch werden wichtige Strassenprojekte in den Kantonen mitfinanziert. Ein notwendiger Schritt, da in den Kantonen seit der abgelehnten

Preiserhöhung der Autobahnvignette grosse Planungsunsicherheiten bestehen.

Demgegenüber reissst aber die Initiative ein Loch von 1,5 Milliarden Franken zu Gunsten des Strassenverkehrs in die allgemeine Bundeskasse. Das zwingt uns zu einem finanzpolitischen Rückwärtssalto. Wie der Bundesrat in seiner Botschaft aufzeigt, bedeutet dies zum Beispiel 350 Millionen Franken weniger für Bildung und Forschung oder 250 Millionen

weniger bei der Landesverteidigung. Ein solcher Raubzug auf die Bundeskasse blendet aus, dass Steuern per Definition nicht verursachergerecht sind und nicht einfach an eigene Bedürfnisse gebunden werden können. Gleichzeitig gefährdet er Grossprojekte wie die Unternehmenssteuerreform III oder die Reform Altersvorsorge 2020.

Wir müssen endlich davon Abschied nehmen, die Strasse in Konkurrenz zum öffentlichen Verkehr zu

betrachten. Um unseren hohen Anforderungen an die Mobilität gerecht zu werden, braucht es alle Verkehrsträger. Die Mobilität misst sich nicht nur an Strassen- und Schienenkilometern, sondern an einem Gesamtverkehrskonzept und an entsprechenden raumplanerischen Lösungen. Es braucht daher eine ausgewogene Koordination.

Die Milchkuh-Initiative schafft dies schlicht und einfach nicht. Sie ist daher deutlich abzulehnen.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Nein zum grundlosen Einkommen

Die Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» soll der gesamten Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Die Initiative schlägt ein Grundeinkommen von 2500 Franken pro Monat für Erwachsene vor, Kinder sollen 625 Franken erhalten. Dadurch schaffen die Initianten ein für Staat und Wirtschaft schädliches Anreizsystem und setzen unsere Solidarität aufs Spiel. Das macht die Initiative zu einem gefährlichen Experiment: Es bedroht das Erfolgsmodell Schweiz fahrlässig.

Marcel Dobler,
Nationalrat SG

Die Initianten schlagen einen monatlichen Beitrag von 2500 Franken pro Erwachsenen und 625 Franken pro Kind vor. Eine vierköpfige Familie erhielte demnach 6250 Franken pro Monat. Zum Vergleich: Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe empfiehlt in ihren Richtlinien 2016 für den gleichen Haushalt einen Grundbedarf von 2110 Franken pro Monat. Offensichtliche Konsequenz ist, dass der Anreiz, einer ähnlich besoldeten

Arbeitstätigkeit nachzugehen, massiv sinkt. In vielen Branchen wird dies zu einem Mangel an Fachkräften führen. Zusätzliche Folge ist, dass die zusätzlichen Kosten auf weniger Schultern verteilt werden. Laut den Initianten soll die Initiative 25 Milliarden zusätzliche Kosten verursachen. Es ist anzunehmen, dass von einem Best-Case-Szenario ausgegangen wird und die tatsächlichen Kosten wesentlich höher sind. Um das Grundeinkommen zu finanzieren, sind in jedem Fall entweder umfassende Sparmassnahmen oder Steuererhöhungen nötig. Letzten

Endes wird die arbeitende Bevölkerung die Zeche zahlen.

Die Bürgerinnen und Bürger unterstützen die Sozialwerke, weil sie wissen, dass primär jeder für sich selber verantwortlich ist und nur wirklich Bedürftige unterstützt werden. Stellen die Erwerbstätigen eines Tages fest, dass ein bedeutender Teil ihrer Steuern in die Finanzierung einer Hängemattengesellschaft fliesst, untergräbt das den gesellschaftlichen Solidaritätsgedanken. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens würde die bewährten wirtschafts- und

gesellschaftspolitischen Grundlagen unseres Gemeinwesens angreifen. Daraus ergäbe sich ein unkalkulierbares Risiko für den Zusammenhalt, die Arbeitsplätze und den Wohlstand der Schweiz.

Was sich verführerisch und einfach anhört, untergräbt bei eingehender Betrachtung die Funktionsweise unseres Staates und schadet der Wirtschaft und unserer Solidargemeinschaft. Werfen auch Sie am 5. Juni ein Nein in die Urne und verhindern Sie damit das schädliche bedingungslose Grundeinkommen.

Nationalrätin Petra Gössi, Präsidentin FDP.Die Liberalen

Gemeinsam für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt

Liebe Freisinnige

Es freut mich sehr, dass ich an dieser Stelle als neugewählte Präsidentin der FDP.Die Liberalen einige Worte an Sie richten darf.

Ich freue mich auf die Arbeit mit Ihnen zusammen, darauf, dass wir unsere Partei vorwärtsbringen und die Leute begeistern. Als Präsidentin will ich Leaderin sein. Dafür ist dieses Amt vorgesehen, und dementsprechend will ich es auch ausüben. Ich will das aber nicht alleine machen, sondern gemeinsam mit Ihnen. Gemeinsam mit Ihnen will ich mich einsetzen für die freisinnig-liberalen Werte, für unser Land, für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt.

Die Schweiz ist ein innovatives Land. Nicht erst seit gestern, sondern seit Jahren ist der Erfindergeist in unserem Land gross. So gross, dass wir weltspitze sind – weltspitze in Lebenserwartung, Sicherheit, Forschung und Bildung. Wir können uns gar als innovativstes Land bezeichnen, wie der Global Innovation Index im vergangenen Jahr gezeigt hat.

Diese Innovationsfähigkeit führt dazu, dass die Arbeitslosenquote entsprechend tief ist. Und, was mir persönlich sehr wichtig ist, wir haben im internationalen Vergleich auch eine besonders tiefe Jugendarbeitslosigkeit.

Auch wirtschaftlich geht es der Schweiz gut. Dies vor allem auch, weil wir mit den bilateralen Verträgen einen optimalen Zugang zum europäischen Binnenmarkt haben. Exporte sind zentral für den Wohlstand in der Schweiz. Und die Exporte in die EU sind überlebenswichtig für die Schweiz als rohstoffarmes Binnenland. Wir haben es dennoch geschafft: Durch Handel, Forschung, Export und Innovation. Die Schweiz spielt heute in der Liga der Grossen mit.

Wir dürfen uns aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen und müssen uns den Herausforderungen stellen, wel-



Petra Gössi

che vor uns liegen. Jahr für Jahr kommen mehr Leute in die Schweiz. Und nicht nur gut ausgebildete Arbeitskräfte, welche wir dringend brauchen. Die Resultate sind Angst, Unsicherheit und Missstimmung. Das Thema Mig-

ration dominiert die politische Debatte. Wir können diese Migration nicht aufhalten, wir können aber Lösungen anbieten: Die FDP will eine harte, aber faire Migrationspolitik. Das heisst: Wer an Leib und Leben bedroht

ist, dem bieten wir Asyl. Wer jedoch als Wirtschaftsflüchtling zu uns kommt, der kann nicht bleiben.

Wir wollen eine Lösung für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Diese Lösung muss aber unseren bilateralen Weg mit der EU erhalten. Entgegen dem, was einige proklamieren: Freihandelsabkommen sind sehr viel schlechter als die bilateralen Verträge. Darum steht die FDP klar hinter den bilateralen Verträgen – nicht aber hinter einem EU-Beitritt!

Bei der Lösung dieser Herausforderungen stehen für mich zwei Fragen im Vordergrund. «Wie gelingt es uns, dem Einzelnen möglichst viel freien Handlungsspielraum zu geben?» und: «Wie bringen wir es gleichzeitig fertig, dass die Menschen in der Schweiz wieder mehr Verantwortung – insbesondere Eigenverantwortung – übernehmen?»

Die FDP bevormundet die Bevölkerung nicht und politisiert nicht durch Populismus oder Angstmacherei, sondern will mündige Bürgerinnen und Bürger, die sich einsetzen, engagieren und mitreden. Wir wollen unser Land an der Weltspitze halten – dank Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – nur so kann das Erfolgsmodell Schweiz auch in Zukunft bestehen.

Deshalb ist es wichtig, dass unsere Werte bei den Menschen in der ganzen Schweiz ankommen. So können wir auch unser Ziel als Partei erreichen und in den kommenden Jahren zweitstärkste Kraft in diesem Land werden.

Wir kämpfen! Wir gewinnen! Wir werden überzeugen und noch mehr mobilisieren! Wir sind die einzige liberale Partei – das liberale Original!

Ich freue mich darauf, mit Ihnen zusammen daran zu arbeiten, dass wir am Ende des Tages sagen können: Wir habens geschafft – aus Liebe zur Schweiz.

Ihre Präsidentin, Petra Gössi

Mit liberaler Überzeugungskraft

Vielen Dank für dein Engagement, Philipp!

Mit einem riesigen Engagement, grossem Durchhaltewillen und viel liberaler Überzeugungskraft führte Philipp Müller die FDP.Die Liberalen nach langer Durststrecke wieder zurück auf den Erfolgspfad. Lieber Philipp, wir danken dir von ganzem Herzen für deinen Einsatz zu Gunsten unserer Partei!

Ignazio Cassis, Nationalrat TI und Präsident FDP.Liberaler Fraktion

Im Frühjahr 2012 trat Nationalrat Philipp Müller ans Steuer der FDP.Die Liberalen. Die Hoffnungen waren allseits gross, warteten die Freisinnigen doch bereits seit über drei Jahrzehnten auf einen Wahlerfolg auf nationaler Ebene. Sein Vorgänger, Nationalrat Fulvio Pelli, spürte den Erfolgspfad vor, mit Fraktionspräsidentin Gabi Huber wusste er die Liberale Fraktion der FDP in besten Händen. Dass sein Weg jedoch nicht einfach, ja zuweilen gar steinig und mit Sicherheit anstrengend sein wird, war ihm von Beginn an klar. Das Amt des Parteipräsidenten der FDP ist anspruchsvoll, es verlangt nach Überzeugungskraft, Durchhaltewillen und viel Herzblut. Es verlangt nach einem in der Wolle gefärbten Freisinnigen. Dass er alle diese Eigenschaften mitbringt, daran zweifelte

niemand. Dies wurde auch in der medialen Berichterstattung in den Tagen nach seiner Wahl hervorgehoben. Das «St. Galler Tagblatt» etwa verortete in ihm «den Optimismus des Chrampfers», wie man ihn gerade unter KMU-Vertretern fände. Die NZZ wiederum schrieb nüchtern, auf den feinsinnigen Analytiker folge «eine kommunikative Saftwurzel», unter deren Führung der FDP ein Comeback zuzutrauen sei. Dennoch war manchen ein gelernter Handwerker an der Spitze einer bis anhin von Präsidentinnen und Präsidenten mit akademischem Hintergrund geführten FDP wenn auch nicht suspekt, doch zumindest gewöhnungsbedürftig. Schnell waren jedoch die anfänglichen Vorbehalte verflogen als klar wurde, dass Philipp Müller, neben vielen anderen Qualitäten, eine Eigenschaft mitbringt, die sich später als Teil des neugefundenen Erfolges der Freisinnig-Liberalen herausstellen sollte: die Nähe zur Basis.



Philipp Müller im Gespräch mit Delegierten ...

Unermüdlich tourte er von Beginn seiner Präsidentschaft an durch die ganze Schweiz, vom Bodensee bis zum Lac Léman, von Basel bis nach Chiasso. Immer mit dem Ziel, den FDP-Mitgliedern vor Ort zuzuhören, ihnen die Freisinnigen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt näherzubringen und sie zu mobilisieren. Dabei kam ihm zugute, dass er mit kurzen, pointierten und gut verständlichen Aussagen die Zuhörerinnen und Zuhörer schnell für sich gewinnen konnte.

Das grosse Engagement von Philipp Müller, aber genauso jenes der Orts-, Bezirks- und Kantonalparteien sowie der unzähligen freiwilligen Helferinnen und Helfer, zahlte sich aus. Bereits der Beginn des Wahljahres 2015 war für die FDP.Die Liberalen verheissungsvoll. In Luzern, Zürich und Baselland gehörte sie zu den Siegerinnen, weitere Wahlgewinne folgten. Und spätestens am Parteitag vom 22. August 2015 in Sursee wurde klar, dass sich die Freisinnig-Liberalen Anhängerinnen und Sympathisanten mo-

bilisieren lassen. Mehr als 1500 Leute nahmen am blau-weissen Volksfest teil und feierten mit. Sein grosser Einsatz zahlte sich aus.

Auch wenn der FDP von verschiedenen Seiten bereits im Laufe des Wahljahres ein Wahlgewinn vorausgesagt wurde, Philipp Müller liess sich nicht auf Spekulationen ein. Auch strich er stets die Eigenständigkeit der Partei heraus und positionierte die FDP von Beginn weg als einzige liberale, bürgerliche und reformorientierte Kraft der Schweiz, welche auf nationaler Ebene selbständig und ohne die Hilfe anderer, sprich ohne Listenverbindungen, den Wahltag bestreiten wird. «Wir machen keine Allianzen», betonte er bei jeder Gelegenheit. Dies war ein weiterer Baustein des Erfolgs und trug mit dazu bei, dass FDP.Die Liberalen am 18. Oktober 2015 zu den Wahlsiegerinnen gehörte und den bis dahin seit 36 Jahren anhaltenden Abwärtstrend nach oben drehte.

Lieber Philipp, du hast entscheidend zu diesem Erfolg beigetragen. Vielen Dank für dein Engagement!



... und bei seinem letzten Auftritt als amtierender Präsident.

Vorstellung Vize-Präsidenten und Beisitzer

Vize-Präsidenten



Andrea Caroni



Christian Lüscher



Philippe Nantermod



Christian Wasserfallen

Der neue Vorstand

Neue Vorstandsmitglieder auf einen Blick

Vize-Präsidenten

Ständerat Andrea Caroni – Andrea Caroni nahm 2011 für den Kanton Appenzell Ausserrhoden Einsitz im Nationalrat und wurde im Oktober 2015 in den Ständerat gewählt. Der Rechtsanwalt amtierte von 2008 bis 2010 als persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Hans-Rudolf Merz und wurde 2012 als Beisitzer in den Vorstand gewählt; 2015 war er zudem stellvertretender Wahlkampfleiter. Er steht ein für eine freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sowie liberale Institutionen. Im Mittelpunkt steht für ihn der freie, aber auch selbstverantwortliche Mensch. Der Staat muss optimale Rahmenbedingungen festlegen, damit wir alle uns nach unseren Wünschen und Fähigkeiten entfalten können. Auch ist es Aufgabe des Staates, für den nötigen sozialen Ausgleich zu sorgen. Gleichzeitig soll der Staat aber schlank sein und nur so sehr in das Leben der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, wie dies in höherem Interesse zwingend nötig ist. Dieser liberale Staat ruht sodann auf den Säulen des Rechtsstaats, des Föderalismus und der Demokratie. Andrea Caroni ist zweifacher Vater und lebt in fester Beziehung.

Nationalrat Christian Lüscher – Christian Lüscher wurde 2007 für den Kanton Genf in den Nationalrat gewählt und wurde für zwei weitere Legislaturen von der Genfer Stimmböckerung in diesem Amt bestätigt. 2012 zog er als Vize-Präsident in den Vorstand ein. Es sind die Werte Freiheit und Eigenverantwortung, welche seiner Politik zugrunde liegen. Er setzt sich dafür ein, dass die Wirtschaft von bürokratischen Hürden befreit wird und die optimalen Bedingungen geschaffen werden, damit sich das Unternehmertum frei entfalten kann. Freihandelsabkommen sind für Christian Lüscher ein wichtiges Instrument, um neue Absatzmärkte für unsere exportorientierte Wirtschaft zu erschliessen. Ausserdem erhöht eine nahe Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft die Attraktivität unseres Standortes. Weiter setzt er sich ein für sicher finanzierte Sozialwerke. Christian Lüscher ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

Nationalrat Philippe Nantermod – Philippe Nantermod wurde in den vergangenen Wahlen für den Kanton Wallis in den Nationalrat gewählt. Der Jungpolitiker hat eine langjährige Erfahrung bei den Jungfreisinnigen. Er

ist Anwalt und Doktorand im Administrativrecht. Mit seiner Wahl am 16. April 2016 sitzt er zum ersten Mal im Vorstand der FDP Schweiz. Als überzeugter Liberaler setzt er sich für den mündigen Bürger und die mündige Bürgerin ein und ist der Ansicht, dass jeder Mensch Verantwortung für sein Handeln tragen muss. Er setzt sich für einen starken Standort Schweiz ein, welcher in seinem Handeln nicht durch Regulierung und übermässige Besteuerung eingeschränkt wird. Er

steht ein für eine Vertiefung der Beziehung zwischen der Schweiz und der EU, lehnt aber einen EU-Beitritt entschlossen ab. Er ist ein überzeugter Föderalist und hält die Kompetenzen der Kantone hoch. Er setzt sich ein für eine gesellschaftsliberale Politik und für die Gleichstellung zwischen Frau und Mann.

Nationalrat Christian Wasserfallen – Christian Wasserfallen sitzt seit 2007 für den Kanton Bern im Nationalrat und wurde zweimal in seinem

Beisitzer



Daniela Schneeberger



Marcel Dobler



Christian Vitta

Energiefragen fordert er bezahlbare Strompreise, eine zuverlässige Versorgungssicherheit mit wenig CO₂-Ausstoss, eine hohe Eigenversorgung und intelligente Netze. Umweltbürokratie, Subventionen, Abgaben, Verbote und Zwänge engen die Freiräume ein und lähmen Innovation und Fortschritt.

Regierungsrat Christian Vitta – Christian Vitta ist seit 2015 Vorsteher des Finanz- und Wirtschaftsdepartements des Kantons Tessin. Der Doktor in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften kann auf eine fast 30-jährige Karriere in der Tessiner Politik zurückblicken. Im Mittelpunkt stehen für ihn die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigungspolitik. Mit einem Blick auf die Wirtschaft und Firmen steht er für mehr Investitionen in effiziente Rahmenbedingungen. Er war 15 Jahre lang Gemeindepräsident und Abgeordneter im Grosse Rat des Kantons Tessin. Mit seiner Wahl in den Vorstand der FDP Schweiz möchte Christian Vitta zur Sensibilisierung von wichtigen Fragen und Problemen des Kantons Tessin beitragen. Dank seinem Engagement bei der Erarbeitung der Tessiner Schutzklausel als Lösungsvorschlag zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative hat er sich auch jenseits des Gotthards einen Namen als effizienter Macher gemacht. Schliesslich kam ihm die Möglichkeit gelegen, Teil der Equipe der neuen Präsidentin Petra Gössi zu sein. Christian Vitta ist verheiratet, hat drei Kinder und ist in S. Antonino wohnhaft.

Amt bestätigt, das letzte Mal im Oktober 2015. Der diplomierte Maschinentechner und Projektingenieur sitzt seit 2012 als Vize-Präsident im Vorstand der FDP Schweiz. Als wirtschaftsliberaler Politiker steht er für die bilateralen Verträge mit der EU ein, da diese für die gute Entwicklung der Schweizer Gesellschaft und Wirtschaft wichtig sind. Einen EU-Beitritt hingegen lehnt er entschlossen ab. Er macht sich stark für eine leistungsorientierte Schule mit höheren Anforderungen im Gymnasium, für eine starke Berufsbildung, für attraktive Fachhochschulen und für einen freien sowie prosperierenden Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz. In

Beisitzer

Nationalrätin Daniela Schneeberger

– Die Baselbieterin Daniela Schneeberger ist seit 2011 Nationalrätin und wurde an der Delegiertenversammlung vom 16. April neu als Beisitzerin in den Vorstand gewählt. Sie ist zudem Mitglied des Fraktionsvorstands und war 12 Jahre lang Landrätin im Kanton Baselland, ein Jahr davon amte sie als Landratspräsidentin. Aus ihrer Tätigkeit als Unternehmerin und Inhaberin eines Treuhandbüros ist sie im täglichen Kontakt mit den Gewerbetreibenden und spürt den Puls der Schweizer Wirtschaft.

Nationalrat Marcel Dobler – Marcel Dobler wurde 2015 von der St. Galler Stimmbevölkerung in den Nationalrat gewählt. Er sitzt neu als Beisitzer im Vorstand der FDP Schweiz. Der digitec-Gründer will, dass wir uns der Erfolgsfaktoren der Schweiz wieder bewusst werden, uns bemühen, diese zu stärken und diese für künftige Generationen sichern. Der Bürokratiefut und Entmündigung des Bürgers muss Einhalt geboten werden.

Landrat Ruedi Waser – Als selbstständiger Unternehmer, u.a. Inhaber einer privaten Handelsschule, engagiert sich Ruedi Waser für die KMU-, die Finanz- und die Bildungspolitik. Er setzt sich für ein leistungsorientiertes, auch privat getragenes Bildungswesen und die duale Berufsbildung sowie einen effizienten Umgang mit öffentlichen Finanzen ein. Seit 2007 amtet er als Präsident der FDP Nidwalden und wurde neu als Beisitzer in

den Vorstand gewählt.

Gemeinderat Rolin Wavre – Rolin Wavre ist Vize-Präsident der FDP Genf und Gemeinderat. Er wurde 2014 als Beisitzer gewählt und an der letzten Delegiertenversammlung in seinem Amt bestätigt. Beruflich war er 18 Jahre lang beim IKRK tätig und wurde im Nachgang Geschäftsleiter einer KMU. Von 2008 bis 2011 amte er als Generalsekretär der FDP Genf und von 2011 bis 2012 als Generalsekretär der Genfer Sektion der FDP Die Liberalen. Er präsidiert zudem die Genfer Sektion der Fédération romande des consommateurs.

Philippe Miauton – Philippe Miauton ist Generalsekretär der FDP Waadt und ist seit 2014 Beisitzer im Vorstand. Nach seiner journalistischen Ausbildung in der Bundeshausredaktion von «Le Temps» hielt er ab 2009 im Generalsekretariat der FDP Schweiz die Position des Sekretärs Westschweiz, und gleichzeitig amte er als Pressesprecher Westschweiz. In den nationalen Wahlen vergangenen Jahres leitete er die Kampagne in der Romandie.

Christian Scheuermeyer – Der diplomierte Betriebswirtschaftler und Florist Christian Scheuermeyer engagiert sich seit 2014 im Vorstand. Er ist seit 2009 Präsident der FDP Kanton Solothurn. Ein schlanker Staat, gute Rahmenbedingungen für Unternehmen, eine leistungsorientierte Bildungspolitik sowie eine versorgungssichere und wirtschaftliche Energiepolitik sind seine Rezepte für das Erfolgsmodell Schweiz.



Ruedi Waser



Rolin Wavre



Philippe Miauton



Christian Scheuermeyer

Revival der Wohlfahrtsfonds

Wohlfahrtsfonds werden von Firmen freiwillig errichtet, um bei Einzelschicksalen ihrer Mitarbeiter, bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Unternehmens oder Unterdeckung der Pensionskasse darauf zurückgreifen zu können. Leider wurden in den vergangenen Jahrzehnten viele dieser Fonds liquidiert. Die dank bürgerlichem Schulterschluss erreichte neue Gesetzgebung gibt Hoffnung, dass Unternehmer dieses Instrument wieder neu entdecken.

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin BL

Wohlfahrtsfonds sind kaum bekannt, tun aber viel Gutes. Ein Beispiel: Der Sohn eines Mitarbeiters leidet an Epilepsie. Er besucht eine Spezialschule und benötigt spezifische Betreuung in der Freizeit. Die Unterstützung der IV reicht in solchen Situationen selten aus, um alle Kosten abzudecken. In diesem konkreten Fall verursachen die notwendigen Massnahmen ungedeckte Kosten von knapp 7000 Franken pro Jahr. Hier unterstützt der Unternehmer seinen Angestellten und springt unkompliziert mit seinem Fonds ein. Er hilft der Familie und leistet einen Unterstützungsbeitrag von 2500 Franken pro Jahr für die Betreuungskosten ihres Sohnes.

Erfolgreicher Kampf für bessere Rahmenbedingungen

Zwischen 2000 und 2010 halbierte sich die Zahl der Wohlfahrtsfonds von über 5600 auf rund 2600. Dies war insbesondere auf Gesetzesrevisionen zurückzuführen, die der Eigenart solcher Fonds nicht Rechnung getragen haben und für diese dieselben strengen Regeln festgeschrieben, wie sie für Pensionskassen gelten. Die 2011 gegründete Selbstzweck-Vereinigung PatronFonds hat diesen Missstand erkannt und sich in den vergangenen Jahren erfolgreich für bessere Rahmenbedingungen eingesetzt. Mit der im Parlament hart erkämpften Revision des Zivilgesetzbuches (ZGB) wurde nun ein wichtiger Meilenstein erreicht. Die beharrliche Überzeugungsarbeit und die gute Zusammenarbeit der bürgerlichen Politiker haben mit viel Engagement den Durchbruch für die dringend notwendigen neuen Gesetze gebracht.

Härtefälle abfedern und Pensionskassen sanieren

Ohne ZGB-Revision wären die Wohlfahrtsfonds wohl ausgestorben. Nun erhalten sie bessere Rahmenbedingungen. Wert und Nutzen von Wohlfahrtsfonds für die Gesellschaft sind enorm, denn sie entlasten den Sozialstaat. Würden Wohlfahrtsfonds nicht punktuell einspringen, müssten Sozialversicherungen und womöglich auch Sozialämter vermehrt die Kosten übernehmen. Unternehmen führen diese Fonds, um Arbeitnehmer und deren Angehörige in Not- und Härtefällen freiwillig zu unterstützen, Pensionskassen zu sanieren oder Restrukturierungen abzufedern. In Zukunft könnten Wohlfahrtsfonds aufgrund der Wirtschaftslage und der Situation auf den Finanzmärkten wieder an Bedeutung gewinnen. Auch die volkswirtschaftliche Bedeutung ist nicht zu unterschätzen. Mittels Wohlfahrtsfonds können Sozialpläne ermöglicht oder Not- und Härtefälle durch Mitfinanzierung von Überbrückungsrenten und Frühpensionierungen abgedeckt werden.

Vorteile für Unternehmen – Neugründungen erhofft

Der Regulierungsdruck hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass viele Arbeitgeber die Wohlfahrtsfonds aufgelöst und in die zweite Säule integriert haben. Diese Liquidationswelle soll mit der ZGB-Revision und weiteren Massnahmen gestoppt werden. Die Vision geht aber darüber hinaus. In Zukunft sollen Unternehmer wieder neue Wohlfahrtsfonds gründen. Dies birgt Potenzial für die Positionierung als attraktiver Arbeitgeber und im Sinne des sozialen Unternehmertums.



Mit der per April 2016 in Kraft getretenen ZGB-Revision erhalten Wohlfahrtsfonds die lang ersehnten administrativen Erleichterungen. Der Abbau von Bürokratie ist immer ein schwieriger, technischer und langwieriger Prozess. FDP-Parlamentarier spielten eine entscheidende Rolle bei der erfolgreichen Umsetzung der 2011 lancierten Parlamentarischen Initiative zur Stärkung der Wohlfahrtsfonds. Die Gesetzesanpassungen betreffen vor allem die Anlagereglemente und Teilliquidationen. PatronFonds ist die Vereinigung der Wohlfahrtsfonds. Sie wird präsiert von Nationalrätin Daniela Schneeberger. Weitere Informationen unter www.patronfonds.ch.

Mit der zunehmenden Unsicherheit rund um unsere Sozialwerke werden unternehmerische Verantwortung und das patronale Gedankengut wieder an

Wert gewinnen müssen. Mit Wohlfahrtsfonds unsere Sozialwerke entlasten – im Kleinen, aber aus Verantwortung.

Gefährliche Regulierung

Netzneutralität oder: das Ende des Internets

Das Konzept der Netzneutralität sieht vor, dass alle Netzbetreiber allen Nutzern den gleichen Zugang zu allen verfügbaren Onlinediensten garantieren. Umgesetzt würde dieses Konzept einem Internetanbieter verbieten, gewissen Dienstleistungen Vorrang zu gewähren und Angebote bereitzustellen, die nur gewissen Nutzern zur Verfügung stehen. Das hätte fatale Konsequenzen.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Hinter der Forderung nach Netzneutralität verbirgt sich in Wirklichkeit die Vorstellung eines verstaatlichten Konzepts des Internets. Das hiesse, dass durch Regulierungen vorgeschrieben würde, dass allen Nutzern, unabhängig vom Dienst den sie beanspruchen, zu jeder Zeit der gleich schnelle Zugang zu allen Angeboten offen stünde. Es hiesse aber auch, dass Telekomanbieter ihren Kunden keine Dienste bevorzugt anbieten und daher daraus auch keine neuen Geschäftsmodelle entwickeln könnten. Hier ein Beispiel: Ein Telekomanbieter möchte in Partnerschaft mit einem Content-Provider einen Dienst lancieren, der der jungen Kundschaft einen unbegrenzten Zugang zu Filmen oder Musik bietet. Und das zu jeder Zeit mit höchster Geschwindigkeit und in bester Qualität. Eine solche Priorisierung würde durch eine regulatorisch verankerte Netzneutralität unmöglich.

Jede und jeder mit Internetzugang kann sich heute frei im Internet bewegen und uneingeschränkt von einem Service zum anderen wechseln. Das soll auch künftig so bleiben. Es soll aber auch möglich sein, bessere Services anbieten und verkaufen zu können. Die Netzneutralität widerspricht der Idee, dass der Netzzugang je nach Bedürfnis der Nutzer unterschiedlich sein kann.

Wir vergessen häufig, dass hinter unserer Internetverbindung physische Netzwerke stehen, also Kabel, die unterirdisch und auf den Böden der Ozeane verlegt sind, um die Server untereinander zu verbinden und um unsere Computer zu vernetzen. Diese Infrastrukturen verursachen Kosten, die von privaten Unternehmen getra-

gen werden und nicht, wie es die Öffentlichkeit oft glaubt, vom Staat. Dazu brauchen die Betreiber entsprechende Mittel, die sie nur generieren, wenn sie attraktive Dienste anbieten können.

Das Internet konnte sich sehr schnell entwickeln, weil es nur minimalen oder gar keinen Regulierungen unterworfen war. Während es, viele

erinnern sich heute noch gut daran, Mitte der 1990er-Jahre eine halbe Ewigkeit dauerte, ein Video herunterzuladen, benötigt man dafür heute nur wenige Sekunden.

Die fast vollständige Absenz von staatlichen Eingriffen während der Entwicklung des Internets hat dazu geführt, dass ständig neue Dienstleis-

tungen und Angebote entstehen. Hätte eine Armada von Funktionären versucht, das Internet und den Aufbau der Netze am Reissbrett zu entwerfen, wäre dieses Projekt mit allergrösster Wahrscheinlichkeit gescheitert. Das Internet konnte sich nur dank den vielen Freiheiten so rasch und für die Nutzer gewinnbringend entwickeln. Dies ist ein weiterer Beweis, dass ein freier Markt innovationstreibend ist.

Es ist gut möglich, dass zukünftige Anwendungen Bandbreiten von einer noch nie dagewesenen Grösse benötigen werden. Um den Ausbau solcher Hochleistungs-Netze zu finanzieren, reichen einfache Absichtserklärungen nicht aus. Dazu braucht es Unternehmen, die auf Basis von rentablen Finanzierungsmodellen die notwendigen Investitionen aufbringen. Und dafür müssen diese ihren Kundinnen und Kunden attraktive Dienste anbieten können. Es ist also kontraproduktiv, unternehmerische Spielräume einzuschränken. Das würde lediglich Innovationen verhindern und letztlich diejenigen schädigen, die eigentlich geschützt werden sollen: die Konsumentinnen und Konsumenten.

Die Einführung der Netzneutralität würde, auch wenn die Absichten gut gemeint sind, das gute Funktionieren und die Weiterentwicklung des Internets nur gefährden. Sie wäre das Sandkorn im eigentlich gut geschmierten Getriebe. Nein, das Internet braucht wirklich keine staatlichen Service-public-Vorschriften, es funktioniert auch ohne ausgezeichnet. Im Gegenteil, dort wo der Staat meint, besser zu wissen, was für den Bürger und Konsumenten gut ist, entstehen die grössten Probleme. Das Internet wurde bis heute von solchen Eingriffen verschont. Wir sollten darum dafür kämpfen, dass dies auch weiterhin so bleibt.



Philippe Nantermod

Delegiertenversammlung Bern

Mit einer jungen und dynamischen Führung in die Zukunft

Die abtretende Parteispitze überlässt einer jungen, dynamischen und erfahrenen Equipe das Steuer: Nebst Parteipräsidentin Petra Gössi wurden die Vizepräsidenten und Beisitzer in den Vorstand der FDP Schweiz gewählt. Auch haben die Delegierten die Abstimmungsparolen für die Abstimmungen vom 5. Juni gefasst: Sie sagen Ja zur Asylgesetzrevision und lehnen die Service-public-Initiative und die Milchkuhinitiative ab.

Die FDP lud zum Ereignis dieses Jahres ein, der Andrang war entsprechend gross: Pierre-Yves Grivel, Präsident der FDP.Die Liberalen Bern, hiess über 360 Delegierte in der Hauptstadt herzlich willkommen. Mit seiner Abschlussrede entlockte der abtretende Präsident Philipp Müller mit seinem Rückblick auf die vergangenen vier Jahre seiner Präsidentschaft manchen Anwesenden einen Lacher. «Man kann nichts bewegen, wenn das Fundament nicht stimmt.» Mit diesen Worten dankte er den unzähligen FDPlern, welche massgeblich zum Erfolg vom 18. Oktober 2015 beigetragen haben. Bundespräsident Johann Schneider-Ammann bedankte sich in seiner Laudatio bei Philipp Müller für sein unermüdliches Engagement für die Partei. Mit rund 400 Besuchen bei Ortsparteien und seiner bürgernahen Politik sei es ihm gelungen, die Basis zu mobilisieren.

Neubesetzung des Parteivorstands

Auch die Vizepräsidenten Isabelle Moret, Vincenzo Pedrazzini und Carla Speziali wurden von den Delegierten feierlich verabschiedet. Anschliessend kam es zur Neubesetzung des Parteivorstands. Als Präsidentschaftskandidatin betonte die Schwyzer Nationalrätin Petra Gössi die Wichtigkeit von Freiheit und Eigenverantwortung: Es seien die Werte, welche ihre Präsidentschaft mitprägen werden. Die Delegierten hegten keinen Zweifel an ihrer Kompetenz und wählten sie einstimmig zur neuen Präsidentin der FDP.Die Liberalen Schweiz. Ebenfalls einstimmig gewählt wurden die Vize-



Volles Haus im National in Bern.

Präsidenten Ständerat Andrea Caroni (AR), Nationalrat Christian Lüscher (GE), Nationalrat Philippe Nantermod (VS), Regierungsrat Christian Vitta (TI) und Nationalrat Christian Wasserfallen (BE). Als Beisitzer amtieren neu Nationalrätin Daniela Schneeberger, Nationalrat Marcel Dobler (SG), Landrat Ruedi Waser (NW), Gemeinderat Rolin Wavre (GE), Philippe Mauton (VD) und Christian Scheuermeyer (SO). Auch ihre Wahl erfolgte einstimmig.

Abstimmungsparolen der FDP Schweiz: Zwei Mal Ja, drei Mal Nein

Die Delegierten fassten ebenfalls die Parolen für die Abstimmungen vom 5. Juni. Die Revision des Asylgesetzes, welche zu schnelleren, faireren und günstigeren Verfahren führt, hiessen die Delegierten mit 355 Ja- zu 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen gut. Die Pro-Service-public-Initiative lehnten die Delegierten mit 363 Nein- zu 0 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen

klar ab. Die Milchkuhinitiative sorgte vor der Abstimmung für eine intensive Debatte. Die Delegierten empfehlen schliesslich die Initiative mit 210 Nein- gegen 134 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen abzulehnen.

Bereits am 18. März entschied die Parteipräsidentenkonferenz jeweils einstimmig die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes gutzuheissen und die Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» abzulehnen.



Keiner zu klein, dabei zu sein!



Petra Gössi und Philipp Müller.



Schwyzer Fahenschwinger ...



... und Alpenbläser.

Aussenpolitik

Gute Instrumente – wirksame Entwicklungshilfe

Liebe Freisinnige

Ein Bauer aus Burkina Faso, der voller Stolz die Farm in der Savanne nahe der Hauptstadt Ouagadougou zeigt, die er gebaut hat; eine junge Syrerin in einem Flüchtlingslager in Jordanien, die wieder Hoffnung schöpfen kann; Kinder, Frauen und Männer, die in einem Dorf im Norden Sri Lankas nach langen Jahren des Krieges wieder ein normales Leben führen können: Die Begegnungen mit diesen Menschen, die ich in den letzten Monaten machen konnte, haben mich berührt. Sie haben mir auch deutlich gemacht, dass man Menschen mit wenigen, aber gut eingesetzten Mitteln Perspektiven öffnen kann, die ihnen selbst nicht mehr möglich schienen.

Das ist ein Ziel, das wir mit unserer Aussenpolitik verfolgen: Wir wollen eine Aussenpolitik, die auch der Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit gerecht wird. In den letzten Jahren gab es wichtige Fortschritte: Hunderte von Millionen Menschen haben von wachsenden Einkommen, besserer Bildung und einem breiteren Zugang zu modernen Technologien profitiert. Die Anzahl Personen, die in extremer Armut leben, hat sich seit dem Jahr 2000 halbiert. Aber die Ungleichheiten bleiben gross. Deshalb gehört die nachhaltige Entwicklung zu den Prioritäten unserer Aussenpolitik.

Wir machen das mit der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit, die gleichsam für ein neues Leitthema unserer Aussenpolitik steht: die zunehmende Verschränkung von Entwicklung und Frieden. Denn ohne nachhaltige Entwicklung kein Frieden. Und ohne Frieden keine nachhaltige Entwicklung.

Konkret heisst das: Mit der neuen Botschaft fügen wir unsere Instrumente der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit, der Ost-zusammenarbeit und der Friedensförderung in einem gemeinsamen strate-



Didier Burkhalter

gischen Rahmen zusammen. Das ergibt Synergien und erhöht die Wirkung des Schweizer Engagements.

Wenn das Parlament dem Bundesrat folgt, werden wir uns künftig noch stärker in fragilen Kontexten engagieren. 55 Prozent unserer bilateralen Hilfe wird für Afrika und die Nahostregion verwendet, deren Herausforderungen Europa besonders stark berühren. Lassen Sie mich an zwei Beispielen veranschaulichen, wie wir der zunehmenden Verschränkung von Frieden und Entwicklung in der Praxis gerecht werden wollen:

Erstes Beispiel: die Prävention von gewalttätigem Extremismus. Der Bundesrat hat dies als eine aussenpolitische Priorität im Bereich der Terrorbekämpfung identifiziert. Die Schweiz will Staaten und betroffene Gemeinschaften darin unterstützen, das gesellschaftliche Umfeld so zu gestalten, dass sich Menschen nicht zu extremis-

tischer Gewalt hinreissen lassen. Wir haben zu diesem Thema vor zwei Wochen einen Aktionsplan veröffentlicht und mit der UNO eine internationale Konferenz veranstaltet.

Es wird Sie nicht überraschen, dass wir dabei einen inhaltlichen Fokus auf die Jugend legen. Gemäss dem jüngsten Arab Youth Survey halten die arabischen Jugendlichen die Arbeitslosigkeit für den wichtigsten Faktor, warum sich junge Menschen dem IS anschliessen. Wenn wir uns vor Augen halten, dass 90 Prozent der Jugendlichen weltweit in Entwicklungsländern leben, zwei Drittel davon unterbeschäftigt und allein in der arabischen Welt 75 Millionen junge Menschen arbeitslos sind, dann erkennen wir vor allem eines: Bildung und Jobs sind essentiell, um dem gewalttätigen Extremismus vorzubeugen.

Hier kann die Schweiz wiederum eine ihrer Stärken einbringen. Die För-

derung der Berufsbildung ist seit jeher ein Schwerpunkt der Schweizer Entwicklungshilfe. Das ist eine Investition für Entwicklung und Frieden und für die Prävention von Terrorismus.

Das zweite Beispiel betrifft die Migration. Die Flüchtlingskrise, die uns alle seit Monaten beschäftigt. Die Frauen, Männer, Familien und, besonders erschütternd, die vielen allein reisenden Kinder, die vor Krieg und Perspektivenlosigkeit zu uns fliehen wollen.

Für die Flüchtlingskrise gibt es keine schnelle Lösung. Aber die Schweiz engagiert sich stark und setzt ihre Instrumente der internationalen Zusammenarbeit koordiniert ein, um konkrete und nachhaltige Antworten auf die Krise vor Ort zu geben. Wir leisten Nothilfe in Syrien und den Nachbarstaaten. Wir setzen uns für den Schutz von Migranten in den Erstaufnahmeländern ein und unterstützen die lokale Bevölkerung darin, die enormen Herausforderungen zu bewältigen. Wir helfen mit, dass Flüchtlinge in den Herkunftsregionen eine Existenz aufbauen können. Wir tun dies, indem wir wie in Jordanien und Libanon Schulen bauen und Jobprogramme für Flüchtlinge unterstützen oder wie in Kenia eine Berufsbildung für junge Flüchtlinge anbieten.

Die neue Botschaft ist eine Chance. Es geht um viel Geld, aber es ist Geld, das wir mit grossem Nutzen einsetzen. Wir investieren knapp einen Franken pro Bürger pro Tag in die Prävention und um hilfsbedürftigen Menschen vor Ort ein Leben in Würde zu ermöglichen. Es ist auch im Interesse der Schweizerinnen und Schweizer und der Schweiz, wenn dieses Engagement dazu beiträgt, dass Sicherheit und Wohlstand zunehmen und zugleich die Zahl der Krisen und Kriege zurückgeht.

**Ihr Didier Burkhalter,
Bundesrat**

Neue Vorstandsmitglieder

Ehrgeizige Ziele

Radigal, die LGBTI-Fachgruppe der FDP, hat sich einer Renovierung unterzogen. Mit neuem Vorstand und Professionalität arbeitet der Verein auf das Ziel der Gleichstellung aller Lebensformen hin. Dafür verstärkt er das Engagement inner- und ausserhalb der Partei.

Raphael Scherer,
Vorstandsmitglied Radigal

50,8 Prozent – dieser Anteil der Stimmbevölkerung lehnte vergangenen Februar die CVP-Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe ab. Eine dünne Mehrheit, die zeigt, dass die Ehe immer noch ein emotionales Thema ist – und es auf absehbare Zeit wohl auch bleiben wird. Wahrscheinlich wurde die Initiative auch abgelehnt, weil sie auf unehrliche Weise eine Diskriminierung durch die Hintertür in die Bundesverfassung zu schmuggeln versuchte: die Ehe als Bund zwischen Mann und Frau definiert. Eine Exklusivität im Wortsinn, die Schwule und Lesben auf Dauer von dieser Institution ausgeschlossen hätte.

Mehrheit ist gemacht

Wahrscheinlich wäre die Initiative aber auch noch deutlicher abgelehnt worden, wäre diese eine Sache noch stärker im Fokus gestanden: die Definition und die Zugänglichkeit der Ehe. Hier nämlich hat die Schweiz eine klare Meinung: Eine Mehrheit ist längst dafür, die Ehe für alle zu öffnen. Heute besteht für gleichgeschlechtliche Paare als nächstbeste Alternative die eingetragene Partnerschaft. Mit der Ehe ist diese allerdings in keiner Weise gleichgestellt, weder praktisch, noch im simplen Umstand, dass es eben keine Ehe ist.

Zum Glück hat das Parlament die Zeichen der Zeit erkannt und bewegt sich bedächtig in die richtige Richtung. Im März entschied der Ständerat, dass zukünftig auch gleichgeschlechtliche Paare die Möglichkeit zur Adoption haben sollen. Die GLP ist vorgeprescht und hat per parlamentarische Initiative die verfassungsmässige Öffnung der Ehe für alle verlangt. Parteien können sich mit diesem The-



Raphael Scherer

ma auch öffentlich profilieren. Es ist zu konstatieren, dass die FDP diesbezüglich grösseren Nachholbedarf hat. Unsere Partei konnte sich bisher zu keinem solch klaren Positionsbezug durchringen, mit dem Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare als brennendem Punkt. Solches Zögern

verstärkt nicht nur in der Öffentlichkeit den Ruf der FDP als Zauderipartei, die manchmal vor ihren eigenen Grundsätzen zurückschreckt. Es ist auch einer Partei unwürdig, die für sich selbst in Anspruch nimmt, das liberale Original zu sein. Liberale Politik heisst leben und leben lassen,

und wo könnten wir unser Selbst- und Staatsverständnis besser demonstrieren als in diesem gesellschaftlichen Thema der Stunde?

Verstärktes Engagement vom Radigal

Radigal ist die LGBTI-Fachgruppe der FDP. LGBTI sieht zunächst einmal furchterregend avantgardistisch aus. Dabei steht es für die verschiedenen Ausprägungen, in denen sich Menschen gernhaben können. Diese Namensgebung ist einer von vielen Beschlüssen über die zukünftige Ausrichtung unserer Gruppe, die an der Generalversammlung von Radigal im vergangenen Januar gefällt wurden. Allen voran wurde der Vorstand neu aufgestellt. Neben dem alten und neuen Präsidenten Odilo Lamprecht unterzog sich Radigal einiger personellen Veränderungen: Mit Stefan Fritschi aus St.Gallen, Marco Baumann aus Luzern und Raphael Scherer aus dem Aargau wurden drei engagierte Junge an die Spitze von Radigal gewählt. Mit dem Einsatz in der überparteilichen LGBTI-Arbeitsgruppe und einem verstärkten Einsatz im Bereich Events und Community wird die Vernetzung von Radigal vorgebracht. In der FDP will Radigal künftig seine Interessen stärker zur Geltung bringen. Auch der Einsatz in der PPK und der Delegiertenversammlung der FDP entspricht diesem Ziel. Radigal ist auch Vorstandsmitglied von Pink Cross, dem nationalen Dachverband der schwulen Männer in der Schweiz.

Mit diesen Zielen und neuen, engagierten Kräften wird sich Radigal auch im Jahr 2016 für eine moderne, zeitgemässe und zukunftsgerichtete Gesellschaftspolitik der FDP Schweiz einsetzen. Wir sind das liberale Original der Schweiz, lassen wir diesen schönen Worten auch überzeugende Taten folgen!

**SUNRISE HOME
SPRICHT FÜR SICH:**

Schnellstes Internet und Digital-TV frei kombinieren.

Machen Sie es wie Roger Federer, wechseln auch Sie zum Testsieger
im Kundenservice mit dem besten Digital-TV der Schweiz.
sunrise.ch/RF

connect
TESTSIEGER

Sunrise
Hotline-Test Heft 12/2015
www.connect.de



Das macht Sinn. **Sunrise**